

ROTDORN



linke Jugendzeitschrift aus Berlin & Brandenburg

Du

bist

Deutschland

mr.bias'05

www.ROTDORN.org

- news
- termine
- archiv
- links
- newsletter

Inhalt

Leitartikel: »Du bist Deutschland«	Seite 03
Wer wir sind und was wir wollen	
<i>Die Rotdornredaktion und ['solid] stellen sich vor</i>	Seite 05
Interview mit Peter Grottian, Profesor an der Freien Universität Berlin	Seite 06
„Wer hat sie dazu nur angestiftet“	
<i>Die Viadrina in Frankfurt/Oder soll Stiftungsuni werden</i> ...Seite	07
„Die Leiden der jungen Bewerber“	
<i>Zur Ausbildungsmisere</i>	Seite 08
Buchvorstellung: „Im Aus der Vorstädte“	Seite 09
Der Revolutionäre Prozess in Venezuela	Seite 09
Interview mit Sahra Wagenknecht, Mitglied des Europaparlaments	Seite 11
„Berlin ist einen Palast wert“	
<i>Betrachtungen zum Palast der Republik</i>	Seite 12
Landesverteidigung am Hindukusch?	
<i>Über die Auslandseinsätze der Bundeswehr</i>	Seite 13
Buchvorstellung: „Am Hindukusch und anderswo“	Seite 15
Kultur: Das Theaterstück „Hallo Nazi!“	Seite 16
Eine Geschichte des Alltäglichen	
<i>Von Gewalt und Diskriminierung</i>	Seite 17
Glosse: „Eine schöne Geschichte über Herrn Müller“	Seite 18
Termine	Seite 19
Preisrätsel	Seite 19

Impressum

Rotdorn

erscheint dreimal jährlich und hat diesmal eine Auflage von 9 000 Exemplaren
16. Jahrgang Nr. 43/06

V.i.S.d.P.

die Rotdornredaktion

Herausgeber

['solid] Brandenburg/ Berlin
www.solid-web.de
www.solid-brandenburg.de
www.solid-berlin.de

Kontakt

Rotdorn
Postfach 87 01 06
13161 Berlin
fon: (030) 44 04 61 56
mail: rotdorn@gmx.de
web: www.rotdorn.org

Bankverbindung

Inhaber: solid e.V.
Kontonummer: 43 93 85 15 00
Bank: Berliner Bank AG
BLZ: 100 200 00
Verwendungszweck: Rotdorn

Redaktionsschluss Ausgabe 44:

6. April 2006

Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht immer der Meinung der Redaktion entsprechen.

Anzeige

Dr. Gesine Löttsch

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Haushaltspolitische Sprecherin

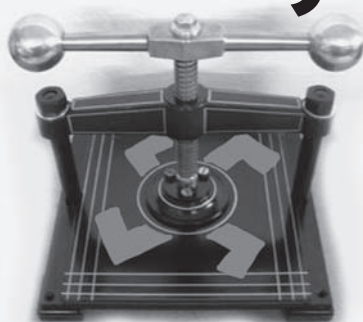
Antifaschistischer Wettbewerb 2006

DIE LINKE.

»AusDRUCKsstark gegen Rechts«

Was wir wollen: Wir verfolgen auch mit unserem diesjährigen antifaschistischen Wettbewerb das Ziel, Jugendliche zu ermuntern, antifaschistische Projekte zu konzipieren und zu realisieren. Wir wollen damit das Angedenken an den 8. Mai - den Tag der Befreiung vom Faschismus - auch an seinem 61. Jahrestag aufrechterhalten. In diesem Jahr sollen Beiträge im Mittelpunkt stehen, die wir als Linkspartei und unsere Partner im Kampf gegen neofaschistisches und rechtsradikales Gedankengut „nutzen“ bzw. verwenden können. Ganz gleich, ob auf Demonstrationen oder unserer Internetseite.

Was Euch erwartet: Den Gewinnerinnen und Gewinnern des Wettbewerbs winkt eine Reise nach Reggio Emilia in Italien vom 23. bis 28. April 2006. Im Zentrum des Aufenthalts werden Begegnungen mit Zeitzeugen und die Teilnahme an Veranstaltungen rund um den 25. April stehen, der in Italien als Tag der Befreiung gefeiert wird. Wir werden Festivals und Konzerte besuchen, auf Partisanenwegen wandern und gemeinsam viel über den antifaschistischen Widerstand in Italien erfahren.



Weitere Informationen erhaltet Ihr unter:

www.ausdrucksstark-gegen-rechts.de

Tel.: 030/227 71 786

Fax: 030/227 76 070

Ansprechpartner: Tinko

Wettbewerbsbeiträge bitte an:

Wahlkreisbüro

MdB Dr. Gesine Löttsch

Ahrenshooper Str. 5

Tel.: 030/99 270 725

Fax: 030/99 270 726

Ansprechpartner: Sascha

Was wir suchen: Gewaltfreie, phantasievolle Wettbewerbsbeiträge gegen Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit:

eher künstlerisch-gestaltender Art, wie z. B.:

- Plakate und Transparente
- Songs und Gedichte
- Video-Clips
- Drehbücher/Manuskripte für Theateraufführung bzw. Filme
- „Political-Merchandise-Artikel“:

Buttons

T-Shirts

Tassen

eher handwerklich-technischer Art, wie z. B.:

- die Gestaltung einer Internetseite (auf der z.B. über geplante Naziaufmärsche und Gegendemonstrationen informiert wird)
- ein Konzept für eine etwas andere Schülerzeitung

Einsendeschluss: 10. März 2006

www.ausdrucksstark-gegen-rechts.de

Den Laden auseinanderfliegen lassen!

Seit Monaten trommeln die Medien auf uns ein: „Du bist Beathe Uhse, Du bist Porsche, Du bist ..., Du bist ..., Du bist ... Deutschland“. Ein wenig verwundert nimmt man die Botschaft zur Kenntnis, die einem durch die Prominenten vermittelt wird. Was soll das sein? Ein Feldzug für gute Laune? Motivationstraining für deutsche Staatsbürger?

Die Kampagne entstand im Rahmen der Initiative »Partner für Innovation«, einem dubiosen Zusammenschluss aus der Bundesregierung, diversen Unternehmen, dem Präsidenten der Humboldt-Universität, dem DGB und weiteren rund 200 Unternehmen, Verbänden und Institutionen. Die Top-Manager der deutschen Medienunternehmen waren einhellig der Meinung, dass die Medienindustrie einen Beitrag zu einer neuen Aufbruchstimmung in Deutschland zu leisten habe. Und so kam es, dass sich 25 große Medienunternehmen, darunter die gebührenfinanzierten Fernsehsender ARD und ZDF, an der Kampagne beteiligten.

Nun appelliert die geballte bürgerliche Medienmacht an ein diffuses Wir-Gefühl: „Du bist 82 Millionen, Du bist Deutschland“. Die Nation soll als Gemeinschaft erhalten. Vom Tellerwäscher bis zum Millionär: „Du bist Deutschland“. „Egal, welche Position du hast. Du hältst den Laden zusammen. Du bist der Laden. Du bist 82 Millionen“. So wird die Aufgabe des Einzelnen durch die Kampagne volkstümlich formu-

liert. Und genau darum geht es. Es soll ein gesellschaftliches Klima geschaffen werden, das Einsicht in zu erwartende, soziale Einschnitte verspricht. Nach dem Motto: „Wir müssen alle den Gürtel enger schnallen“, sodass die Umverteilung von „unten“ nach „oben“ weitergehen wird. Vaterlandsliebe durch Verzicht und Dienen ist das Programm. Die Botschaft hinter den ausgefeilten und wohlklingenden Sätzen lautet außerdem: Jede/r kann sich gut fühlen, etwas leisten, ist seines/ihrer Glückes Schmied, ist an Arbeitslosigkeit und anderen Problemen selbst schuld und hat gefälligst auch et-

was für Deutschland zu tun.

Die Sponsoren geben freimütig Auskunft, worum es ihnen geht: Damit wir „wenn nötig auch auf Privilegien verzichten“ (Edgar Medien AG im Medien-Infopaket), indem wir mittels „Motivation durch Gefühle“ (Western Star) „mit Optimismus, Veränderungsbereitschaft, Kreativität und Spaß“ (Axel Springer) feststellen: „Es muss Schluss sein mit dem allgemeinen Lamentieren“ (Heinrich Bauer Verlag). Wichtig ist dabei das Fernsehen. Denn es „kann diese Botschaft emotional und glaubwürdig transportieren“ (ProSiebenSat.1 Media AG). Dabei gilt: „Es ist Zeit, die Ärmel

hochzukrempeln und den Blick nach vorne zu richten“ (Ströer Out-of-home-Media). Und wer nicht das Hemd hat, die Ärmel hochzukrempeln, ist selbst dran schuld ... möchte man denken. Die Sponsoren zahlen ihr Geld sicher nicht aus Wohltätigkeit, um z.B. dem HartzIV-Empfänger oder dem um seine Existenz fürchtenden Lohnabhängigen ein aufmunterndes Wort zu schenken. Es ist eine genau kalkulierte wirtschaftliche Investition, eine Investition in gesellschaftliches Klima. So wurde errechnet, dass jeder Bürger durchschnittlich 16 mal von der Kampagne erreicht wird.

Weiterhin ist es erschreckend, wie unreflektiert der Begriff Deutschland und ein positives Gefühl dazu gepredigt werden. Die „größte Social Marketing Kampagne in der deutschen Mediengeschichte“ (Presseinformation von „Du bist Deutschland“) schreit uns entgegen: „Du bist Thyssen“. Wer ist schließlich nicht gerne der Gründer eines der größten deutschen Unternehmen? Eines Unternehmens, das im I. Weltkrieg tödliche

► weiter auf der Seite 4



Leider keine Parodie: Die Familie Thyssen als leuchtendes Beispiel für uns alle



Inzwischen existieren im Internet mehr Parodien als Originalmotive:
»Du bist Deutschland« lädt dazu ein, kreativ seine Meinung kund zu tun

► Fortsetzung von Seite 3

Waffen an die deutschen Militärs und Alliierten verkaufte und bis heute mit dem Rüstungsgeschäft Unsummen verdient. Sein Sohn und Erbe Fritz Thyssen finanzierte maßgeblich seit 1923 Adolf Hitler (siehe auch: Fritz Thyssen – Hitlers Gönner und Geisel, von Hans O. Eglau, 2003, ISBN: 3886807630). So wird ihm das Zitat „I paid Hitler“ zugeschrieben. Auch wenn er seit 1935 auf Distanz zum Naziregime ging, wurde ihm nach 1945 eine Schuld an der Machtergreifung der Nazis gegeben, da er der Nazipartei regel-

mäßig Millionen überwies. Wer hat da wirklich noch Lust Thyssen zu sein?

Auf der einen Seite soll also dem befürchteten Unmut ein neuer Patriotismus entgegen gesetzt werden. Wahrlich kein neues Konzept... Außerdem hat das Schreckgespenst einer linken Massenpartei die Wirtschaftslobbyisten nervös werden lassen. Und tatsächlich haben bisher die Erhöhung der Mehrwertsteuer, die angekündigten vier Milliarden Einsparungen bei Hartz IV, die Anhebung des Rentenalters auf 67 Jahre, die Fortschreibung

Du denkst, eine Anklage wegen Untreue könnte deine Karriere zerstören? Das dachten viele, als Ackermann vor Gericht stand. Heute ist er noch immer Vorstandssprecher der Deutschen Bank AG.

Wieso man trotz eines Rekordergebnisses seines Konzerns tausende Mitarbeiter entlassen muss, braucht man nicht zu begreifen. Aber eins schon: Anstand und Mäßigung bringen nichts. Wer dagegen kompromisslos seinen Weg geht, kann es zu einem Spitzengehalt bringen – in Josefs Fall etwa 11 Millionen Euro im Jahr.

Du bist Deutschland



Eine Initiative der deutschen Medien, zu denen auch Weblogs gehören. Mit freundlicher Unterstützung von speedclick.com



Du bist Josef Ackermann

der Orientierung auf Auslandseinsätze der Bundeswehr und und und ... kaum Protest hervorgerufen. Zu mächtig erscheint wohl auch die neue Große Koalition.

Wir haben jedoch im Herbst 2004 mit den spontan entstandenen Montagsdemos erlebt, wie schnell das Fass am Überlaufen ist, wenn es ordentlich brodelte. Darum: Werdet aktiv gegen die „Du bist Deutschland“-Kampagne und gegen die Pläne der neuen Bundesregierung! Seid kreativ und beteiligt euch an Aktionen. Baut Gegenöffentlich-

keit auf und verteilt den Rotdorn weiter! Denn Gott sei Dank hat jede/r selbst die Wahl, kleines Rad oder Sand im Getriebe der Deutschland AG zu sein. Du bist Deutschland? Bleib lieber Du selbst!

■ Norbert Müller ['solid], sk, mh

Infos

Gegenkampagnen:
www.du-disst-deutschland.de
www.ich-bin-nicht-deutschland.dl.am
Beitrag bei „indymedia“, den wir in Teilen verwendet haben:
<http://de.indymedia.org//2005/09/128980.shtml>
»Du bist Deutschland«-Motive:
www.flickr.com/groups/dubistdeutschland/pool
www.arbeiterfotografie.com/sozialraub/2005-11-25-du-bist-deutschland.html

Anzeige

Bürgerernahe Politik

www.linke.pds-pankow.de

Fraktion in der BVV
Bezirksamt
Haus 7
Zimmer 109
Fröbelstr. 17
10400 Berlin
Fon: 902 95 50 08
Fax: 902 35 65 19
e-mail: fraktion@linke.pds-pankow.de

DIE LINKE.



Pankow

Für bessere Aus- und Einsicht

DIE ROTDORNREDAKTION *wer wir sind und was wir wollen*

• Wir sind eine kleine Gruppe junger Menschen, die sich politisch einmischen will. Denn es wäre eine Katastrophe, wenn sich an dem kapitalistischen Prinzip, das Wichtigste ist Profit, nichts ändern würde. Haushaltslage, Standort und Profit der großen Unternehmen stehen bei politischen Entscheidungen über Bedarf, Notwendigem und Menschlichkeit.



• Wir wollen gemeinsam ein profiliertes, ambitioniertes Zeitungsprojekt verwirklichen. Wir verstehen uns als linke Jugendzeitschrift aus Berlin und Brandenburg. Herausgegeben wird der Rotdorn von der sozialistischen Jugendorganisation [solid] Berlin und Brandenburg.

• Wir verstehen uns nicht nur als alternative Informationsquelle, sondern auch als Plattform einer antikapitalistischen Jugendbewegung. Deshalb geben wir auch verschiedenen linken Gruppen die Möglichkeit zur Veröffentlichung.

• Grundlegende gesellschaftliche Umwälzungen sind nicht möglich, wenn nicht zuvor eine große Mehrheit der Bevölkerung „das Alte“ grundsätzlich in Frage stellt. Momentan ist dies aber nur ein kleiner Teil der Bevölkerung, der das momentane System grundlegend und grundsätzlich ablehnt. Von daher ist die Schaffung einer Gegenöffentlichkeit, die Alternativen zur herrschenden Politik benennt und darstellt, die wichtigste Aufgabe der deutschen Linken. Dieser „Kampf um die Köpfe“ ist Voraussetzung für jede grundsätzliche gesellschaftliche Änderung. Mit unserer Zeitschrift, Rotdorn, wollen wir ein in unseren Kräften

liegenden Beitrag dazu leisten, den Kampf um die Köpfe aufzunehmen.

• Notwendig sind nicht politische Eintagsfliegen und Hau-Ruck-Aktionen, sondern ein langer Atem. Wir geben den Rotdorn seit über 15 Jahren heraus und wir sehen keinen Grund, warum es nicht noch 100 werden sollen.

• Kein Redaktionsmitglied verdient einen Cent für seine Mitarbeit. Alle Entscheidungen werden in der Redaktion demokratisch getroffen. Es gibt keine Hierarchien oder Privilegien.

• Weltweit formiert sich eine neue antikapitalistische, außerparlamentarische Bewegung mit völlig neuen Gruppierungen, Ansätzen und Aktionsformen. Dieses Spektrum reicht von den „Zapatistas“ in Mexiko, über die „tute bianche“ in Italien bis zu „attac“ und vielen, vielen anderen Gruppen, die man gar nicht alle aufzählen kann. Wir erklären uns solidarisch mit dieser Bewegung, die gegen die ausbeuterische Globalisierung, gegen kriegerische Mittel, gegen die Zerstörung unserer Erde und für eine andere Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung eintritt. Wir verstehen uns als Teil dieser Bewegung.

• Die Widersprüche, die eine neoliberale Politik produziert, werden weiter wachsen und auch der Widerstand gegen diese. Der Widerstand muss von links gestärkt und aufgefangen werden.

• Außerparlamentarische Arbeit in progressiven Bewegungen und den Gewerkschaften ist wichtiger als das Gerangel um Pöstchen und das Finden von parlamentarischen Mehrheiten. Parlamentarisch ist bei der momentanen gesellschaftlichen Lage und den bestehenden Kräfteverhältnissen nichts Grundlegendes in diesem Land zu verbessern.

• Die parlamentarische Vertretung der Linken, die neue Bundestagsfraktion „Die Linke“, sollte ein Sprachrohr der Gegenöffentlichkeit sein. Sie sollte das Parlament dazu benutzen alternative Lösungen für bestehende Probleme der Öffentlichkeit darzustellen. Insofern hat die neue Linke im Bundestag die historische Aufgabe, glaubhafte parlamentarische Vertreterin der Ausgegrenzten und »Überflüssigen« zu sein.

• Wenn das Maß aller Dinge Profit und Geld ist, werden die Probleme der Welt nicht gelöst werden können, sondern sich verschärfen. Die Frage Sozialismus oder Barbarei, die schon Rosa Luxemburg stellte, ist daher aktueller denn je. So ist unser politisches Handeln nicht Selbstzweck oder Selbstbefriedigung, sondern der Verantwortung der Erde und unseren Nachkommen gegenüber geschuldet.

• Wir treten für ein solidarisches Miteinander der Linken ein.

■ Die Rotdornredaktion

»Erst kommt das Fressen, dann die Moral.«
2006 jährt sich der 50. Todestag von
Bertholt Brecht

['solid] die sozialistische jugend

['solid] steht für „sozialistisch, links, demokratisch“. [solid] - die sozialistische jugend ist ein offener, unabhängiger und der Linkspartei nahestehender Jugendverband, der sich kritisch zur kapitalistischen Gesellschaft in den aktuellen politischen Auseinandersetzungen engagiert. Als Teil einer emanzipatorischen und antifaschistischen Bewegung suchen wir die Zusammenarbeit mit anderen BündnispartnerInnen. In einer Reihe von Bundesländern ist [solid] inzwischen anerkannter Jugendverband der Partei Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG).

['solid] tritt als noch recht junger sozialistischer Jugendverband (gegründet 1999 in Hannover) bundesweit auf. Der Verband organisierte Kampagnen, die eine breite Öffentlichkeit finden, ist fest in den außerparlamentarischen Bewegungen und auch den Parlamenten verankert. So wurden 50.000 Musik-CDs unter dem Label „Aufmucken gegen Rechts“ an Schulen verteilt, zu den Bundestagswahlen 2005 brachte [solid] sich mit einer eigenständigen Kampagne („Arbeite, konsumiere, gehorche – oder such' nach anderen Wegen“) ein.

In Deutschland sind wir aktiv im globalisierungskritischen Netzwerk ATTAC, im Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS), im antifaschistischen Bündnis aktiver Fußballfans (BAFF) und anderen linken außerparlamentarischen Zusammenschlüssen.

Darüber hinaus ist der sozialistische Verband Mitglied des European Network of Democratic Young Left (ENDYL), nimmt regelmäßig an den Europäischen Sozialforen teil und unterhält zu einer Reihe von Mitgliedsverbänden des Weltbund Demokratischer Jugend (WBDJ) gute Beziehungen.

Unser Engagement orientiert sich an dem Anspruch, dass Politik viel stärker im öffentlichen Raum stattfinden muss. Politische Bildung, der Eintritt in eine kulturelle Offensive von links und die bewusste politische Aktion sind Mittelpunkt unserer Aktivität.

['solid] ist in Brandenburg und Berlin ein Haufen von jungen Frauen und Männern, die gemeinsam für eine sozialistische Gesellschaftsordnung kämpfen, in der kein Mensch hungern und obdachlos sein muss, Sexismus ein Fremdwort ist, in der jede und jeder ihre/seine Fähigkeiten frei entfalten und ihre/seine Bedürfnisse befriedigen kann. Kurzum: eine Gesellschaft, in der der Mensch nicht mehr des Menschen Wolf ist. Eine Gesellschaft frei von kapitalistischen Zwängen und Krieg.

» Die Studierenden werden behandelt wie Vollidioten und die Dozenten dazu.«

Am Rande des Treffens der „Initiative zur Gründung eines Berliner Sozialforums“ am 5. Dezember 2005, interviewte der Rotdorn Prof. Peter Grottian zu dem Studentenstreik an der Berliner Freien Universität, der vom 5. bis 9. Dezember 2005 stattfand. Der Streik richtete sich gegen die Abschaffung der Diplomstudiengänge und das neu eingeführte Campusmanagement. Mithilfe des Campusmanagements werden Anwesenheit und Leistungen kontrolliert und digital verwaltet. Laut Hersteller ist mit diesem System auch eine einfache Abrechnung der Studiengebühren möglich.

Peter Grottian, Jahrgang '42, studierte Sozialwissenschaften. Er promovierte 1973 und ist seit 1979 Professor für Politikwissenschaft am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin. Er sitzt im Vorstand des „Komitees für Grundrechte und Demokratie“ und hat die „Initiative Bankenskandal“ mitgegründet.

Was möchten Sie den streikenden Studenten mit auf den Weg geben? Sie haben ja jahrelange Erfahrungen als Professor an der Freien Universität.

Das Wichtigste ist zunächst einmal, dass die Studierenden jetzt jedenfalls zum Teil erkannt haben, dass die Modularisierung von Studiengängen erhebliche Tücken hat und dass dahinter ein Disziplinierungsprojekt steht, was die Studierenden nicht etwa ermuntern soll, toll zu studieren, sondern ein Konzept, was zwischen angeblich guten und schlechten Studenten selektiert und sie mit Maluspunkten dann möglichst von der Universität verschwinden lässt. Sie haben auch verstanden, die Studierenden, dass die Abschaffung von Diplom- und Magisterstudiengängen und nur noch einäugiges

Gucken auf den Master (MA)- und Bachelorabschluss (BA) dazu führen wird, dass nur 30 Prozent der Studierenden vom BA zum MA wechseln kann, dass heißt 70 Prozent der Studierenden mit einem Fast-Food-Studium ausgeschieden werden sollen. Das finden sie besonders empörend. Und der aktuelle Anlass an der FU ist natürlich auch, dass hier ein Verfahren, ein so genanntes Campusmanagement, eingeführt worden ist, wo man nur noch sagen kann, dass ist Ekstase bürokratischen Wahnwitzes. Und wo die Studierenden im Grunde genommen behandelt werden wie Vollidioten und die Dozenten dazu. Und das hat sie auch empört. Das heißt, die Diskussion läuft zunächst an der FU sehr stark universitätsbezogen.

Der Brasst der Studierenden ist

da, vor allen Dingen bei den jüngeren Semestern, die noch was von der Universität haben wollen. Und das ist eigentlich ein guter Motor vor Weihnachten und hoffentlich auch nach Weihnachten, da doch einiges an Dampf zu machen. Und die Universitätsleitung hat schon bei manchen Sachen eingelenkt, so dass auch schon ein erster Erfolg des Studentenstreiks zu verzeichnen ist.

Inwieweit spielt eine mögliche Einführung von Studiengebühren für den Streik an der FU eine Rolle? Es gibt ja jetzt auch bundesweit eine gewisse Streikbewegung.

Ich glaube, dass die Solidarisierung gegenüber Hamburg und den Studenten in Tübingen oder in Stuttgart, die spielt an der FU schon eine Rolle. Wir sind ja jetzt bei den Studiengebühren in Berlin noch nicht aktuell bedroht. Nur kann man sich natürlich ablesen, wenn jetzt sechs oder sieben Bundesländer die Studiengebühren einführen, dann wird in der SPD und selbst auch in der Linkspartei in Berlin die Diskussion losbrechen über Studiengebühren. Und es ist völlig offen, was passiert. Zunächst ist es aber mal der Ärger über die miserablen Studienbedingungen und die Enttäuschung darüber, dass die Universität nicht einigermaßen vernünftige Studienbedingungen überhaupt praktizieren kann, das ist der Hauptpunkt des Ärgernisses.

Eine Protestform ist jetzt der Studentenstreik. Sie haben ja auch weitergehende Überlegungen, was zivilen Ungehorsam anbetrifft. Vielleicht können Sie noch einige Gedanken dazu darstellen, wie man auch auf anderen Ebenen etwas erreichen kann.

Ich habe den Studierenden heute in der Vollversammlung gesagt, dass man Alternativen



Während einer Pressekonferenz der „Initiative Bankenskandal“

zu dem Studium ausarbeiten muss und dazu auch, wie man mit einem Studium vernünftig umgehen kann. Man muss dafür kämpfen, dass eine Pluralität von Studienordnungen da ist. Und man muss in den Protest- und Konfliktformen auch Formen des zivilen Ungehorsams haben. Ich habe heute als Hochschullehrer auch erklärt: Ich würde mich an das Campusmanagement nicht halten. Ich würde keine Liste herumgeben, wo sich die Studenten eintragen müssen. Ich würde den Zwang, die Hausarbeiten nach drei Wochen zu benoten und die Noten einzugeben, ich würde das alles nicht tun. Und ich meine damit natürlich nicht nur die Kritik am Campusmanagement, sondern eigentlich auch an dieser Form von McDonaldisierung des Bildungswesens, das in Päckchen abgepackte, demnächst nur noch mit Multiple-Choice abgefragte Wissen, was das exemplarische Studium nach hinten bringt. Ich glaube, dass die Studierenden schon verstanden haben und auch selbst einige Überlegungen dazu haben, wie diese Vorstellungen von Alternativen und zivilem Ungehorsam aussehen. Ihnen ist klar, dass man den Herrschenden weh tun muss und zwar erheblich.



Keine Scheu vor der Konfrontation: Prof. Grottian während einer Demo

Wer hat sie dazu nur angestiftet?

Manche Sachen wären echt lustig, wären sie nicht wahr. Eine dieser Sachen ist wohl die Umwandlung der Viadrina, einer kleinen, recht jungen Universität in Frankfurt/Oder. Man stelle sich vor: Eine besorgte Universitätspräsidentin macht sich Gedanken darüber, was denn aus der kleinen Universität werden soll. Und sie hat den Einfall, man könne sie doch zu einer Stiftungsuni machen.

Nun ist diese Idee nichts wirklich bahnbrechendes, da es schon in Niedersachsen derartige Konstrukte gibt. Das Ganze klingt dann schon anders, wenn es eine trinationale Stiftungsuni werden soll. Naja – man befindet sich in Deutschland (Eins) und hat eine ganze Menge polnische Studenten, als Polen (Zwei), ach ja und die Franzosen, warum die Franzosen, ach ist doch egal, Frankreich ist immer gut (Drei). Toll! Wie kann man da nicht begeistert sein?

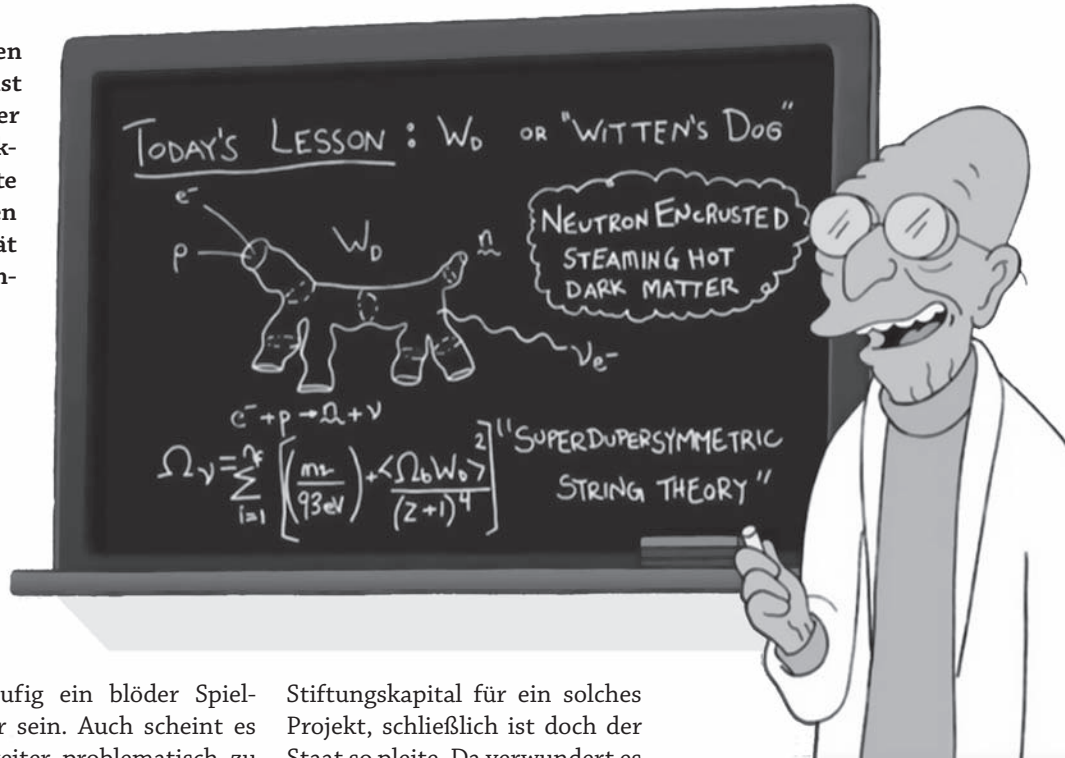
Jeder, der mal vorsichtig anfragt, wie denn diese Stiftungsuni rechtlich aussehen soll, da es eine derartige Möglichkeit im Brandenburger Hochschulgesetz gar nicht gibt, oder der sich Gedanken über die Mitbestimmungsrechte von Studierenden macht oder gar denkt, dies sei doch ein Einfalltor für Studiengebühren, muss doch

zwangsläufig ein blöder Spielverderber sein. Auch scheint es keiner weiter problematisch zu finden, wenn da von allen möglichen Seiten immer wieder von Stiftungskapital und Zuwendungen, die man von der Wirtschaft einwerben möchte, was als Stiftungsuni ja viel leichter ist, geredet wird. Aber natürlich bekämen die Herren Manager darum keine Mitsprache bei Forschung und Lehre. Und wer gibt schon einer Universität, auch wenn sie sich Europa-Universität nennt, genügend

Stiftungskapital für ein solches Projekt, schließlich ist doch der Staat so pleite. Da verwundert es schon, dass der Bund plötzlich 60 Millionen Euro Stiftungskapital für ein solches Projekt übrig hat. Böse Zungen behaupten ja, dass die besorgte Universitätspräsidentin dieses Geld sozusagen als Aufwandsentschädigung zugesichert bekommen hat, dafür, dass sie für eine gewisse Partei ins aussichtslose Rennen um die Präsidentschaft im Bund geht. Das ist doch auf jeden Fall großzügig. Sollten sich andere

Universitäten auch dazu entscheiden wollen, Stiftungsuni zu werden, bekämen sie dann auch eine solche Zuwendung? Und weil das nun so alles unbedingt begeisterungsfähig ist, lässt man die Studierenden über die Details lieber im Unklaren. Wer an alle dem etwas problematisches findet – ab in die Ecke zu den Spielverderbern und willkommen in Deutschland!

■ H. D. M. Herrmann



Anzeige

**Die Linke stärken
1000 ABOS JETZT**

Ja, ich abonniere die junge Welt für mindestens ein halbes Jahr

Dafür kann ich eine aus folgenden Prämien wählen



O Marx/Engels: »Das kommunistische Manifest« – gelesen von Rolf Becker (Hörbuch)



O »Equal goes it loose«. Heinrich Lübke redet für Deutschland (Hörbuch)



O Der Bär auf dem Försterball, Hacks und Anverwandtes (CD), vorgetragen von Wiglaf Droste, Rayk Wieland und anderen

Ich bezahle mein Abo

- ☐ monatlich (nur mit Bankeinzug),
- ☐ vierteljährlich (3 % Rabatt),
- ☐ halbjährlich (4 % Rabatt),
- ☐ jährlich (5 % Rabatt)

per ☐ Einzugsermächtigung
☐ Rechnungslegung.

Ich ermächtige Sie hiermit, den Betrag von meinem Konto abzubuchen:

Geldinstitut

Name/Vorname

rotorn

Bankleitzahl

Telefon

Kontonummer

Das Abo läuft mindestens ein halbes Jahr und verlängert sich um den vorn angekreuzten Zahlungszeitraum, wenn ich es nicht 20 Tage vor Ablauf (Poststempel) bei Ihnen künde.

Straße/Nr.

Datum/Unterschrift

PLZ/Ort

Den Coupon schicke ich an: Verlag 8. Mai GmbH, Karl-Liebknecht-Straße 33, 10178 Berlin, oder faxe ihn an die Nummer 030/53 63 55 44.

Ich bestelle das

- ☐ Normalabo (mtl. 26,80 Euro),
- ☐ Solidaritätsabo (mtl. 34,20 Euro),
- ☐ Sozialabo (mtl. 19,60 Euro).

www.jungewelt.de

Abohotline:
030/53 63 55 80

Die Tageszeitung
jungeWelt

Die Leiden der jungen Bewerber

Wenn in der Politik vom »Wachstum« gesprochen wird, lohnt es sich genau hinzuschauen. Zur Zeit sind es nämlich vor allem die Versorgungslücken, die wachsen. Oder anders: Es gibt mehr vom Weniger. Auch bei der Ausbildung steht die Politik derzeit auf dem Schlauch. Wie jedes Jahr ist die Zahl der Jugendlichen, die beim Bewerbungsmarathon um einen Ausbildungsplatz auf der Strecke geblieben sind, erneut angestiegen. Und das Wachstum scheint kein Ende zu finden. Warum?

Fakt ist, dass inzwischen nur noch 23 Prozent der Unternehmen ausbilden und nicht einmal die Hälfte aller Ausbildungsplatzbewerber im dualen Berufsbildungssystem unterkommt. Die andere Hälfte geht entweder komplett leer aus, muss sich mit einer vollschulischen Ausbildung ohne Betriebspraxis und damit schlechteren Jobchancen zufrieden geben oder wird in eine so genannte »Warteschleife« abgeschoben. Je größer die tatsächliche Versorgungslücke bei der beruflichen Ausbildung wird, um so mehr Leute werden in eben diesen »Warteschleifen« bzw. Maßnahmen der Arbeitsämter abgesetzt und gelten dann schlichtweg als statistisch versorgt. Damit ist die statistische Wirklichkeit von der Realität aber um Meilen entfernt. Denn wenn die BewerberInnen, die in den Maßnahmen landen, dazugerechnet werden, klaffte im Jahr 2005 sogar eine reale Lücke von mehr als 130 000 fehlenden Ausbildungsplätzen.

Die Berufsbildung steht also unter einem enormen Verände-

rungsdruck. Wie dieser aber politisch umgesetzt wird, ist wieder eine andere Frage. Im Bundestagswahlkampf z. B. trat Günter Lambert vom Deutschen Industrie- und Handelstag eine Debatte vom Zaun, die Ausbildungsvergütungen drastisch zu senken, um mehr Lehrstellen zu schaffen. Dieser Impuls wurde gerade aus den Reihen der CDU wie FDP positiv aufgenommen und gab Öl ins Feuer der angesetzten Placebo-Debatten um die so genannte »Ausbildungsunfähigkeit« und das »verfehlte Anspruchsdenken« der Jugend. Diese Debatten verhehlen im weiten Bogen die wirklichen Ursachen der Ausbildungsmisere und sollen letztlich wohl nur Schubmasse für die Schlagrichtung der neoliberalen Bildungsökonomie sein.

Dabei liegen wirkungskräftige Konzepte zur Schaffung von qualifizierten Ausbildungsplätzen schon lange in den Schubladen. Die SPD kann die auf ihren Parteitagen beschlossenen Anträge für eine Ausbildungsplatzumlage kaum mehr zählen, knickte aber im letzten Jahr erneut vor den Wirtschaftslobbys ein und bremste ihr eigenes Umlagegesetz aus. Statt eines Gesetzes, mit dem die ausbildungsunwilligen Unternehmen zur Kasse gebeten werden, installierte sie dann den sogenannten Ausbildungspakt und setzte damit abermals auf eine freiwillige Vereinbarung mit der Wirtschaft. Abermals vergebens – die Lücke wächst weiter.

Um dieser unhaltbaren Situation etwas entgegenzusetzen, gründen sich zur Zeit bundesweit Jugend-Ausbildungsbündnisse. In diesen Bündnissen wollen die Gewerkschaftsjungen und

Jugendverbände wie [solid] – die sozialistische Jugend, die Falken, SDAJ oder die Jusos gemeinsam für eine Ausbildungsumlage Anlauf nehmen. Mit vielfältigen Aktionen soll das Thema wieder in die Öffentlichkeit getragen und auf die Perspektivlosigkeit vieler junger Menschen aufmerksam gemacht werden. Wer ständig eingetrichtert bekommt, dass er selbst Schuld habe, wenn er ohne Ausbildung dasteht, hat hier Möglichkeit, eine alternative Plattform zu finden und zusammen mit anderen für die eigenen Rechte und Perspektiven streiten.

■ Haimo, [solid] Berlin

Infos

www.jugendbuenndnis.de
www.nele-hirsch.de

250.000
FEHLENDE AUSBILDUNGSPLÄTZE SIND FÜR 250.000 JUGENDLICHE
Ein Schlag in die Fresse



Anzeige

Rosa-Luxemburg-Stiftung vergibt Stipendien

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung vergibt Stipendien an Studierende und Promovierende, die sich durch hohe fachliche Leistungen und ein breites gesellschaftliches Engagement auszeichnen. Sie will durch ihr Wirken demokratische Partizipation, Wahrnehmung sozialer Verantwortung und Stärkung solidarischer Initiativen fördern. Neben der finanziellen Förderung bietet die Rosa-Luxemburg-Stiftung den StipendiatInnen ein umfangreiches ideelles Förderprogramm, bestehend aus Seminaren, Fachtagungen, Ferienakademien und Bildungsreisen. Darüber hinaus finanziert sie auch stipendiatische Arbeitskreise zur Diskussion fachlicher Inhalte.

Weitere Informationen und Bewerbungsunterlagen können heruntergeladen werden unter www.rosalux.de
Nächster Bewerbungsschluss ist der 30. April 2006

Kontakt: Rosa-Luxemburg-Stiftung, Studienwerk, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,
Telefon: 030/44 310 223, Fax: 030/ 44 310 188, Mail: studienwerk@rosalux.de

rls

Rosa-Luxemburg-Stiftung

¡Viva la Revolución!



Venezuelas Staatspräsident Hugo Chávez

Am 19. November 2005 hat das Netzwerk Venezuela ein bundesweites Treffen abgehalten, um die verschiedenen Solidaritätskampagnen aus ganz Deutschland zusammenzuführen. Die deutschsprachige Version der Venezolanischen Verfassung, die die Grundlage für eine neue Gesellschaft gelegt hat, wurde von der Botschafterin präsentiert.

Eine neue Phase der Solidarität mit Venezuela hat begonnen. Eine, in der wir versuchen, die Neuigkeiten über Venezuelas friedliche, demokratische und sozialistische Revolution überall zu verbreiten (bei Interesse könnt ihr die deutschsprachige Version der Venezolanischen Verfassung bei uns bestellen).

Wir können in Venezuela eines der großen revolutionären Dramen verfolgen, so wie den Spanischen Bürgerkrieg oder die Russische Revolution. Die venezolanische Revolution ist zu einem Weltereignis geworden, eines, das weltweite Solidarität gegen die imperialistische Intervention erfordert und das, wie konkrete Beispiele beweisen, zeigt, dass eine andere Welt möglich ist.

Einige Beispiele sollten genügen, um diesen Punkt unter Beweis zu stellen:

- 55 Prozent der Bevölkerung nehmen derzeit an Bildungsmaßnahmen teil, sodass u. a. der Analphabetismus ausgelöscht werden konnte
- In den letzten sieben Jahren wurde medizinische Behandlung und Versorgung für alle kostenlos zugänglich gemacht
- Die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln zu niedrigen Preisen für die Armen und die Mittelklasse ist sichergestellt
- 4000 kostenlose Kantinen wurden aufgebaut, damit es nie wieder Hungersnöte gibt

- Land wird an landlose Bauern verteilt
- Fischerdörfer werden gegen die großen Fischereikonzerne geschützt
- alle gewählten Beamten einschließlich des Präsidenten können nach der Hälfte ihrer Amtszeit abgewählt werden
- neue Radio- und Fernsehsender haben begonnen zu senden, bei denen auch das Volk mitarbeiten und mitproduzieren kann, genauso wie beim südamerikanischen Kanal Telesur, der geschaffen wurde, um eine Alternative zu den Ansichten von CNN und anderen Fernsehsendern zu bieten
- Von ArbeiterInnen besetzte Betriebe wurden enteignet und werden nun unter der Kontrolle und dem Management der ArbeiterInnen geführt
- Das Land diskutiert im Moment wie man den „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ aufbauen kann

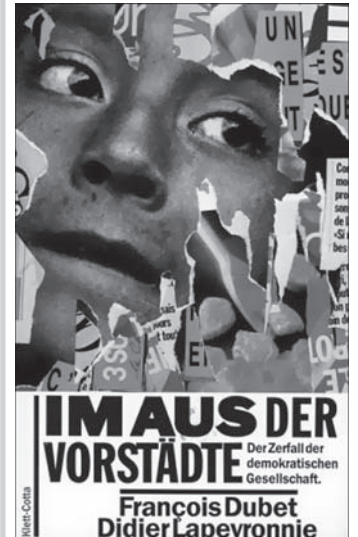
► weiter auf Seite 10

Die Revolte der »Überflüssigen«

Die soziale Ausgrenzung von Frankreichs Vorstädten
von Klaus Körner

Während bis Mitte der siebziger Jahre in Frankreich Arbeiterstreiks und Gewerkschaftskampf die Eckpunkte der sozialen Frage bildeten, traten danach die Unruhen der sozial Ausgegrenzten in den Vordergrund. Am Rande der Städte entstanden durch Ausgrenzung ganze Bereiche, die sich von der integrierten, etablierten Gesellschaft immer weiter zu entfernen schienen. Die Zerteilung der Gesellschaft in »Leistungsträger« und »Überflüssige« (Kinder, Jugendliche, Arbeitslose, Einwanderer, Alte und Kranke) verschärft die sozialen Spannungen, je weiter sich die Schere zwischen Ausgegrenzten und wohlhabenden Bürgern öffnet. Zwar hat dieses Phänomen noch nicht die Ausmaße erreicht, wie wir sie aus den Slums der sog. Dritten Welt oder den Stadtrandfavelas Lateinamerikas kennen. Jedoch die brennenden Vorstädte in Frankreich haben gezeigt, wie sich auch in den postindustriellen krisengeschüttelten Gesellschaften Westeuropas die Widersprüche verschärfen.

Die beiden französischen Soziologen und Buchautoren haben mehrere Jahre in den Pariser Vorstädten mit den Ausgegrenzten gelebt. Sie versuchen in ihrem Buch Hoffnungslosigkeit, Gewaltbereitschaft und bittere Armut, rassistische Diskriminierung und menschliches Elend zu erklären, auf die neoliberale und rechtspopulistische Politik nur mit dem Ruf nach der Polizei antwortet, um die gute Gesellschaft vor dem »Abschaum« und dem »Gesindel« zu schützen.



F. Dubet & D. Lapeyronnie,
Im Aus der Vorstädte
Stuttgart Klett-Cotta 1994,
ISBN: 360 891 40 99



Venezuela, ein Land im Aufbruch
Oben: Venezolanerinnen jeden Alters lernen im Rahmen der „Misión Robinson“ lesen und schreiben

Links: Ein venezolanischer Bauer bewirtschaftet sein eigenes Land und ist somit nicht mehr auf die Gnade reicher Großgrundbesitzer angewiesen
Rechts: „Ölräuber“ ist der Titel des Wandbilds in Venezuelas Hauptstadt Caracas

► Fortsetzung von Seite 9

International hat Venezuela eine Kooperation mit Kuba aufgebaut, zwischen diesen Ländern wird Öl gegen Ärzte ausgetauscht, um die Auswirkungen des 40-jährigen US-Boykotts und den Verlust des Sowjethandels 1991 auszugleichen. Die neue Mission „Miracolo“ (zu deutsch Wunder) bietet allen Armen Amerikas kostenlosen Transport und Behandlung, um sich in Kuba oder Venezuela einer Laseroperation gegen Grauen Star zu unterziehen, 150 000 US-Bürger werden jedes Jahr die Möglichkeit haben, diese Leistung in Anspruch zu nehmen. Während des Winters wird Heizöl für Millionen arme Menschen in den USA bezuschusst werden, auch, um Herzen und Köpfe der Armen in den USA zu gewinnen und um diese zu überzeugen gegen eine mögliche Intervention oder Aggression der Vereinigten Staaten, in Venezuela einzutreten. Es besteht die Hoffnung, dass US-amerikanische Soldaten, deren Familien gesehen haben, welche Hilfe Venezuela anbietet,

sich nicht freiwillig vom Irak nach Venezuela versetzen lassen werden.

Im April 2002 fand ein Putsch statt, der von Washington unterstützt und vermutlich auch initiiert wurde, allerdings innerhalb von 48 Stunden durch einen spontanen Protest von Millionen in die Knie gezwungen wurde. Dieser Protest hat den Großteil der Armee zurückgewonnen und damit den Putsch zum Scheitern gebracht. Später in diesem Jahr wurde eine Aussperrung durch die Unternehmer und wirtschaftliche Sabotage durch die ÖlarbeiterInnen vereitelt, die die Industrie übernahmen und von da an ohne korrupte Administration und Management weiterführten. Ursprünglich wollte Chavez demokratische und soziale Reformen umsetzen. Er und seine UnterstützerInnen haben bisher elf Wahlgänge gewonnen. Die Opposition der Reichen und Mächtigen zu Hause und im Ausland zwingen ihn mit ihren Handlungen allerdings dazu, den „Kapitalismus zu überschreiten“ (Chavez).



Der neue Gewerkschaftsverband UNT unterstützt die Kämpfe der ArbeiterInnen, verlassene oder geschlossene Fabriken in Besitz zu nehmen und in Richtung sozialistischer Besitzverhältnisse zu gehen.

Derzeit bedeutet das: Kooperativen und verschiedene Formen der Selbstverwaltung, ArbeiterInnenkontrolle und Management. In der von ArbeiterInnen kontrollierten Fabrik INVEVAL, die Ventile für die staatliche Ölfirma PdVSA produziert, hat jeder Sektor der Fabrik eigene demokratische Komitees, die die Arbeit planen und eine allgemeine Versammlung für generelle Fragen der Arbeitsdemokratie und Planung.

Ein neuer Geist und neues Wissen begleitet das neue Selbstbewusstsein durch diese Revolution, ein Geist, der weltweit einen genauso starken Einfluss hat wie die stärkste Armee und der mit unserer Hilfe die Basis einer neuen Welt legen kann.

■ heiko@khoo.org

Infos

Um dich der Solibewegung mit Venezuela anzuschließen, besuch die Websites: www.haendewegvonvenezuela.de www.netzwerk-venezuela.de

Kontaktier uns, um Filmvorführungen, Diskussionen und Veranstaltungen zu organisieren!

„Venezuela – ein Land der Hoffnung“ war Titel einer Sendung von „Rotdorn-radioaktiv“, nachzuhören im Radioarchiv unter:

www.rotdorn.org

Anzeigen

Petra Pau:
Ich will Werte wie
Solidarität, Frieden
und Gerechtigkeit
stärker in der Bundes-
politik verankern.

DIE LINKE.PDS



Helle Panke
Kultur & Politik

Zur Förderung von Politik,
Bildung und Kultur e.V.

Kopenhagener Str. 76
10437 Berlin

Tel.: (030) 47 53 87 24

Fax.: (030) 47 37 87 75

www.helle-panke.de
info@helle-panke.de

Im Ergebnis von Vorträgen und Bildungsveranstaltungen entstanden Publikationen folgender Reihen:

- hefte zur ddr-geschichte
- „Pankower Vorträge“
- Vielfalt sozialistischen Denkens
- Philosophische Gespräche
- Berlin und seine Geschichte
- „Klartext“
- Einzelpublikationen
- Philosophische Gespräche

Die Hefte haben einen Umfang zwischen 44 und 72 Seiten und sind alle jederzeit erhältlich. Sie können Einzelhefte schriftlich, telefonisch, bzw. per Fax bestellen oder wahlweise einzelne Reihen abonnieren.



»... sich wehren und Veränderungen fordern!«

Im Oktober 2005 besuchte eine Gruppe von [solid]-Berlin Sahra Wagenknecht in Brüssel. Dabei ergab sich für unser Redaktionsmitglied Benni die Gelegenheit, sie während einer Sitzungspause des Parlaments zu interviewen.

Sahra Wagenknecht, 1969 in Jena geboren, studierte Philosophie und Neuere Deutsche Literatur. Sie ist Abgeordnete der Linkspartei.PDS-Delegation in der GUE/NGL Fraktion (Konföderale Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke) im Europäischen Parlament und Mitglied des Parteivorstandes der Linkspartei.PDS. Weiterhin engagiert sie sich stark für die bolivarianische Revolution in Venezuela und ist Mitbegründerin des Solidaritätsprojektes „Venezuela Avanza“.

Wie schätzt du deine Arbeit im Europäischen Parlament ein, vor dem Hintergrund der Mehrheitsverhältnisse und dem Machtverlust der Politik gegenüber der Wirtschaft?

Zunächst ist die Arbeit im Europäischen Parlament wirklich eine Erfahrung, wie stark Wirtschaftslobbys Politik beeinflussen, wie präsent sie sind, wie sie an dem Entscheidungsprozess teilnehmen. Das ist das eher weniger Erfreuliche. Umgekehrt habe ich aber auch in der Arbeit im Europäischen Parlament immer wieder die Erfahrung gemacht, dass wenn es außerparlamentarischen Druck gibt, wenn soziale Organisationen, Gewerkschaften und andere sich wehren gegen bestimmte Projekte und Veränderungen fordern, dass es dann durchaus möglich ist, dafür auch Mehrheiten zu finden. Aber dann muss der Druck auch wirklich stark sein.

Du engagierst dich seit Jahren für Venezuela. Wie kann man Solidarität mit dem venezuelanischen Volk üben?

Ich denke, dass fast das Wichtigste ist, über materielle Solidarität hinaus, die politische Solidarität. Das heißt das Informieren, das Bekanntmachen des Prozesses, der dort abläuft, und der Projekte, die dort stattfinden, weil das was in den Medien vermittelt wird ein Zerrbild von Venezuela ist. Wenn man z.B. selbst hinfährt, es gibt jetzt auch politische Reisen, die organisiert werden, dann kann man sich selbst ein ganz anderes Bild machen. Und ich denke, dass die Verantwortung von Linken in Europa darin besteht, diesen Prozess ganz solidarisch zu begleiten und bekannt zu machen, darüber zu sprechen, was dort wirklich stattfindet, und wie wichtig es ist, dass es weitergemacht werden kann und nicht abgebrochen wird.

Wann und warum ist der sozialistische Versuch im 20. Jahrhundert gescheitert?

Das ist jetzt natürlich eine Frage, die man schlecht mit einem Satz beantworten kann.

Ich denke, das hatte verschiedene und viele Ursachen. Beginnend mit der Ausgangslage, die natürlich alles andere als positiv war. Wir waren von Anfang an das schwächere System. Wir wurden auch von Anfang an bekämpft. Das ist der eine Teil. Der andere Teil sind die eigenen Fehler, die wir gemacht haben. Über Zentralisierung, das völlig fehlende Vertrauen in das Engagement der Menschen. Dass man versucht hat, alle Entscheidungen in ganz wenigen Händen zu fokussieren, anstatt die Menschen wirklich teilhaben zu lassen, wirklich Einfluss nehmen zu lassen, wirklich auch debattieren zu lassen, die Probleme. Und das sind auch Bereiche, die man z. B. in Kuba anders gemacht hat. Kuba ist ja auch das einzige Land, was das ganze Desaster überstanden hat. Ich meine, die wirtschaftlichen Probleme, die Kuba hatte, sind weiß Gott viel schwerwiegenderer Art als sie in der DDR waren. Offensichtlich ist es eben so, dass sie ganz anders mit ihren Problemen umgegangen sind und dadurch diesen Rückhalt erhalten haben.

Wie kann man linke Konzepte den Bürgern näher bringen, insbesondere vor dem Hintergrund der Macht der Massenmedien?

Natürlich muss man alle Gelegenheiten, die man hat, nutzen, in die Medien zu kommen. Das ist das eine. Das andere ist, dass man versuchen muss, alternative Medienformen selber zu entwickeln. Das fängt bei den klassischen Möglichkeiten des Internets an. Dass man eine gut sortierte Website anbietet, dass man Newsletter anbietet. Aber eben auch bis hin zu kleineren Zeitschriften, Flugblättern und ähnlichem, wo man eigene

Positionen auch wirklich darstellen kann. Ich denke, alle diese Varianten sind unglaublich wichtig, weil sie auch Möglichkeit bieten, diese Abhängigkeit von den Massenmedien beim transportieren von Inhalten zu überwinden.

Wie beurteilst du das Zusammengehen von PDS und WASG?

Natürlich auch wieder eine Frage, die man schlecht mit zwei Sätzen beantworten kann. Ich denke, dass es wichtig war, dass wir bei dem Wahlkampf gemeinsam agiert haben. Wir haben schon viele Gemeinsamkeiten im Sozialpolitischen. Wir haben ja am Ende auch ein wirklich gutes Wahlergebnis gemeinsam erreicht. Aber ich denke, dass wir trotzdem keine Fusion übers Knie brechen sollten, sondern dass wir ganz genau gucken müssen, was für eine Partei wir wollen. Ich möchte eine sozialistische, eine antikapitalistische Partei. Ich weiß, dass das Teile der WASG anders sehen. Nicht alle. Es gibt sicherlich auch in der WASG Menschen, die das genauso sehen. Aber von den prägen-

den Kräften her ist es doch ein anderes Konzept. Ich finde, da sollte man auch vorsichtig damit umgehen, mit den Differenzen. Nicht übers Knie gebrochen etwas zusammen schmieden, was am Ende nicht zusammen hält oder wo die PDS auch ihr Profil als sozialistische Partei, was ja mehr ist als eine Partei, die für soziale Reformen streitet, wo sie ihr sozialistisches Profil verlieren könnte.

Infos

www.sahra-wagenknecht.de
www.venezuela-avanza.de



Bei einer [solid]-Veranstaltung am Alex

Erinnerungen an den Palast der Republik

von Stefan Lippianowski

Es war einmal ein Land, das einen Palast in der Hauptstadt Berlin gebaut hat, 1976. Im Sommer 76 war ich mit meiner Mutter im Alter von elf Jahren in dem Palast. Wir waren beeindruckt von seiner Höhe und von seiner Schönheit. Wenn man hineinkam, sah man über 1000 Lampen an der Decke. Und überall war Marmor an den Seiten. Darauf hingen Bilder von DDR-Künstlern, die mich stark beeindruckt haben.

Dass auf dem Gelände des Palastes das alte Stadtschloss stand, habe ich damals nicht gewusst. Ich kann es nicht gut heißen, dass man das alte Stadtschloss zerstört hat.

Der Palast war nicht nur ein Parlamentshaus, sondern auch immer ein Kulturhaus. Von da wurden im Fernsehen Veranstaltungen übertragen. In dem Großen Saal war auch eine Wasserbühne. Am 7. Oktober 1989 wurde in dem Haus 40 Jahre DDR gefeiert, aber nur mit Einladung. Draußen hat das Volk demonstriert. Michail Gorbatschow war da und er hat gesprochen. Zwei Tage später wurde das Ende der DDR eingeleitet. 1990 wurde im Haus der Beitritt der DDR an die BRD beschlossen. Bald darauf wurde das Haus geschlossen, wegen Asbest. Das war jedoch nur ein Vorwand. Heute geht es mit dem Abriss des Palastes nur um die Auslöschung der DDR-Geschichte. Am 19. 11. 2005 fand eine Demonstration für den Erhalt des Palastes statt.

Kunst im Palast



Durch das Projekt „Volkspalast“ kommen internationale Künstler nach Berlin und nutzen kreativ die Möglichkeiten des Palastes. Das vom norwegischen Künstler Lars Ø Ramberg initiierte Projekt „Palast des Zweifels“ war eine von Januar bis Mai 2005 zu sehende Installation aus skulptural geformten Neon-Buchstaben. Gedacht als Beitrag zum öffentlichen Diskurs zu Fragen der Identität in einer globalisierten Welt, steht es exemplarisch für viele spannende Kunstprojekte. Aktuelle Aktionen unter:

• www.volkspalast.com



Berlin: Palast der Republik steht vor dem Abriss

Berlin ist einen Palast wert

Berlin ist eine fantastische Stadt. Leider nicht aufgrund der romantischen, alten Gässchen oder des hohen Lebensstandards der Bevölkerung, sondern wegen der vielen Gegensätze, die vie-
ruig Jahre Teilung und unterschiedliche Entwicklung, verschiedene Auffassungen von Kunst und Ausdrücke von Architektur im Stadtbild hinterlassen haben. Manchmal hört man, Berlin sei die Stadt der Kunst oder zumindest der Künstlerinnen und Künstler. Kunst ist, was mehr ist. Musik besteht aus mehr, denn aus aufeinanderfolgenden Tönen. Literatur besteht aus mehr, denn aus aneinandergereihten Buchstaben. Architektur, das sind nicht nur Steine und Mörtel oder, wie im Fall des Palastes der Republik, 20 000 Tonnen Stahl.

In der architektonischen Kunst drückt sich der Anspruch von Gesellschaften aus. Der Palast der Republik sollte ein Volkspalast sein, ein öffentlicher Raum für alle. Doch diesem Anspruch gerecht zu werden, hat er vor der Wende nicht schaffen können. Es gab im Palast über ein Dutzend Gaststätten, ein Lichtermeer an Lampen und kulturellen Aufführungen. Dazwischen tagte die Volkskammer. Nicht nur die bestellte, auch die erste frei gewählte der Deutschen Demokratischen Republik. Aber ein Labor für neue Ideen durfte der Palast nicht werden. Nach der Wende geschlossen, dann für sehr viel Geld von Asbest saniert, soll er jetzt für eine unbekannte Summe, Schätzungen gehen von 20 bis 60 Millionen Euro aus, verschwinden.

Als Gnadenakt gestattete die Politik in der allerletzten Lebensphase des Palastes die Zwischennutzung. Junge Künstler, Architekten, Schauspieler und Musiker, Berliner und Gäste der

Stadt entdeckten dieses Gebäude neu. Und die unheimlichen Möglichkeiten, die dessen riesige Nutzfläche inmitten der Hauptstadt für Kunst und Projekte jeder Art bietet. Sie sind es, die sich dem Abriss jetzt in den Weg stellen. Damit handeln sie außerordentlich politisch. Sie erkennen, dass hinter dem Palast mehr steht als Beton und Stahl. Sie kämpfen um die Erhaltung öffentlichen Raums.

Vorläufig konnten sich die Palastabreißer am 4. Juli 2002 im Bundestag durchsetzen. Sie galten als visionär und haben nicht die Zerstörung, sondern die Schaffung eines Kulturraums namens „Humboldtforum“ in der äußeren Gestalt eines preußischen Verwaltungsschlosses propagiert. Inzwischen hat die Veröffentlichung der geheimgehaltenen Machbarkeitsstudie die Argumente dieser falschen Visionäre unwillentlich zerpfückt. Der Neubau wird nur einen Teil der Nutzfläche des Palastes besitzen. Das an seiner Stelle geplante

fiktive Schloss wird in Wirklichkeit ein realexistierendes Luxus-hotel für Betuchte sein und trotz privater Betreiber den Staat bis zu 1 200 Millionen Euro kosten. Und deswegen wahrscheinlich nie gebaut werden.

Der Palast steht für die Moderne. Dieser Architekturform des 20. Jahrhunderts mussten in ost-deutschen Städten historische Stadtzentren weichen. Das ist bedauerlich. Aber der Moderne verdanken viele Städte auch die Lebendigkeit ihrer Zentren. Tausende Wohnungen durchschnittlich verdienender Menschen direkt am Alexanderplatz. Grosse Kinos und Theater mitten in den Städten und in unmittelbarer Nähe der dort Lebenden. Die den Palast abreißen wollen, mögen die Moderne nicht. Sie haben Vorstellungen von Stadtzentren, die sich an Leitbildern des 19. Jahrhunderts orientieren. Wir haben die Aufgabe, die Pluralität einer so unterschiedlich gewachsenen Stadt wie Berlin zu verteidigen, da sich in unterschiedlicher Architektur unterschiedlich leben lässt. Berlin darf in seinem Zentrum nicht auf Potsdamer Platz und schicke Hotels Unter den Linden reduziert, seine Vorstädte nicht zu Hartz-IV-Ghettos werden. Berlin muss sich die Moderne und die Alternative in seinem Herzen bewahren. Dafür brauchen wir den Palast. Doch vorher braucht der Palast Dich: www.palastbuendnis.de.

■ Sascha Wagener

Landesverteidigung

Kabul. Hindukusch. Afghanistan. Vertrautes Gebiet, vertrautes Terrain möchte mensch meinen. Fast täglich finden sich Meldungen und Berichte über dieses Land in den Tagesmedien. Oft sind es Reportagen von im Militär »eingebetteten« Journalisten, die in Landsermanier verfasst sind. Oder Berichte, wenn ein Bundeswehrsoldat ums Leben gekommen ist. Über die aktuelle Entwicklung in Afghanistan erfährt die Öffentlichkeit aber nur wenig. Allerdings wird sie darauf vorbereitet, dass das Ende des Einsatzes der Bundeswehr nicht in Sicht ist. Und mit weiteren Toten unter den deutschen Soldaten müsse gerechnet werden.

Seit fast 30 Jahren befindet sich Afghanistan im Kriegszustand. Kriegerische Auseinandersetzungen und das Fehlen einer staatlichen Zentralgewalt prägen die Gesellschaft, der Alltag ist durch Plünderungen, Vergewaltigungen und andere Gewalttaten charakterisiert. Eine Realität, die Afghanistan mit vielen anderen Gebieten dieser Welt teilt.

Das Engagement der USA und europäischer Staaten in Afghanistan ist aus geostrategischer Sicht erklärbar. Afghanistan liegt zwischen Pakistan und Iran, hat eine kurze Grenze mit China und eine über 2000 Kilometer lange Grenze zu den zentralasiatischen Staaten Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan. Es ist das Tor zu Zentralasien. In Turkmenistan sind die großen Gasvorkommen zwar relativ leicht auszubeuten, aber das Gas muss erst über weite Entfernungen transportiert werden, um auf dem Weltmarkt zu gelangen. Als Transitland nimmt Afghanistan eine Schlüsselstellung ein. Bereits in den 1990er Jahren gab es Verhandlungen zwischen dem Talibanregime und US-Firmen zum Bau einer Gaspipeline von



am Hindukusch?

den turkmenischen Gasfeldern zum Arabischen Meer. Ende 2002, der Weg zum Abschluss der Verhandlungen war frei gebombt, kam es zur Vertragszeichnung. Und auch im Hinblick auf das weitere westliche Agieren gegenüber dem Iran ist Afghanistan unter strategischen Gesichtspunkten von erheblicher Bedeutung. Eingekeilt zwischen dem Irak und dem Staat am Hindukusch befindet sich Iran in einer Zweifrontensituation.

»Anti-Terror-Krieg«

Im Oktober 2001 begannen US-Streitkräfte, unterstützt durch Großbritannien, mit Bombardierungen auf Stellungen der Taliban und der „Al-Qaida“. Binnen weniger Wochen brach das Talibanregime zusammen. Eigene Bodentruppen brauchten die USA nicht nennenswert einzusetzen. Sie bedienten sich der innerafghanischen „Nordallianz“, die den Taliban 1996 beim Kampf um die Herrschaft unterlegen war und sie seither bekämpfte.

Dieser Angriff, öffentlich als Antwort auf die Anschläge vom 11. September 2001 verkauft, war durch die US-Administrati-

on bereits vorher geplant. Nicht »Kampf gegen den Terror«, vielmehr Kampf um eine neue Weltordnung ist ihr zentrales Leitmotiv. Dabei: »unsere« Jungs. Mit Vorratsmandaten, die seit November 2001 der Bundestag jeweils für ein Jahr erteilt, hat die Bundesregierung die Ermächtigung zum Einsatz mit bis zu 2 800 Soldaten im Nato-Gebiet, der „arabischen Halbinsel, Mittel- und Zentralasien und Nord-Ostafrika sowie der angrenzenden Seegebiete“ erhalten, um, so der offizielle Auftrag, „Terroristen auszuschalten, Terroristen gefangen zu nehmen sowie Dritte dauerhaft von der Unterstützung terroristischer Aktivitäten abzuhalten“.

Rechtsgrundlage für diese Bundeswehr-Einsätze sollen Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen in Verbindung mit der Resolution des Sicherheitsrates 1368 und der nach wie vor geltende, vom Nato-Rat ebenfalls am 12. September 2001 festgestellte, »Bündnisfall« sein. Da die Anschläge vom Tag zuvor als ein bewaffneter Angriff auf die USA gewertet werden,

► weiter auf Seite 14

Die deutsche Irak-Hilfe in den Vereinigten Arabischen Emiraten

Nach Beschlusslage der NATO bildet die Bundeswehr derzeit in den VAE ein irakisches Pionierbataillon (250 Mann) aus. Im April 2005 wurde an gleicher Stelle ein Lehrgang für 120 Fahrzeugführer der irakischen Armee abgeschlossen. 2004 hatte es die Ausbildung von fast 500 Polizisten beziehungsweise Personenschützern gegeben. Im Irak selbst sollen auch künftig keine deutschen Militärberater präsent sein, ließ Kanzlerin Merkel während ihres Antrittsbesuches bei der NATO in Brüssel wissen. Die deutsche Wiederaufbauhilfe im Irak selbst hat ein Finanzvolumen von 210 Millionen Euro, wobei besonders ins Gewicht fällt, dass sich noch die rot-grüne Bundesregierung bereit fand, dem Irak 4,7 Milliarden Euro seiner Schulden zu erlassen. *aus „Freitag“ vom 12. 9. 2005*

Wo ist die Kohle?!

Nach Armutsbericht 2004 der Bundesregierung leben 10 Prozent aller Bundesbürger mit soviel Geld, dass sie fast 50 Prozent des gesamten Privatvermögens aller Menschen hier im Land besitzen. »Die Kassen sind leer« heißt es, dafür sind manch andere viel zu voll. Deshalb: Keine falsche Bescheidenheit! Verlangen wir also höhere Löhne und mehr Sozialleistungen. Aber bitte mit viel Geduld und Beharrlichkeit, denn wir werden nicht gleich alles sofort kriegen.

Ralfis Ökotipp

Verpackungen machen viel Müll und um sie herzustellen wird viel Energie verschwendet.

Mir bleibt also nichts anderes übrig, als Müll zu vermeiden. Beim Einkaufen nehme ich vorher Taschen mit und lass mir keinen Beutel geben. Ich kaufe nur die Dinge, die wenig verpackt sind und lasse sie mir im Laden nicht nochmal einpacken.

Das gilt auch für Brot beim Bäcker und dort kein »Kaffee zum Gehen« sondern klassisch aus der Porzellantasse. Müll zu Hause trennen lohnt sich auch, in Papier, Glas, Bio und Verpackung. (Dieser Müll wird später dann wirklich sortiert.)

Papier könnt ihr auch sparen und ausgelesene Zeitungen weiterreichen, wie z. B. diesen Rotdorn hier.

...und das alles „nur“ für vergessene Wälder.

Es macht mich froh, einer Sache zu dienen.



Oben: Mit einem speziellen Schneidegerät wird der Schlafmohnkopf geritzt. Dabei tritt eine weißliche Flüssigkeit aus. Diese wird über Nacht am Kopf belassen und verfestigt sich – In Afghanistan wird so 87 Prozent des weltweiten Heroins produziert

Unten: Dorfälteste diskutieren über die politische Lage im Land

► Fortsetzung von Seite 13

greife das »naturgegebene Recht zur Selbstverteidigung«. Allein diese Feststellung verdient ein Kopfschütteln. Dieser Argumentation trotzdem folgend, muss Artikel 51 vollständig gelesen werden. Das Recht auf Selbstverteidigung darf völkerrechtlich nur so lange ausgeübt werden, „bis der Sicherheitsrat die zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen getroffen hat.“ Vier Jahre »verteidigen« sich die USA und die Nato jetzt schon – ohne entsprechende Kontrolle oder Sanktionierung durch den Sicherheitsrat, ein eindeutiger Verstoß gegen das Völkerrecht, ebenso Bruch des Grundgesetzes, wonach die „allgemeinen Regeln des Völkerrechtes Bestandteil des Bundesrechtes (sind)“.

In Afghanistan sind im Rahmen der Operation Enduring Freedom laut Mandaterteilung bis zu 100 Soldaten des Kommandos Spezialkräfte der Bundeswehr

im Einsatz. Diese Elitesoldaten mit der Lizenz zum Morden sind Teil der US-geführten Kampftruppen mit gegenwärtig 19 000 bis 20 000 Soldaten, die vornehmlich im Süden und Osten Afghanistans zum Kriegseinsatz kommen. Von diesen Einsätzen gibt es wenig Berichte und noch weniger Bilder. Das Jahr 2005 ist das blutigste Jahr für die USA in Afghanistan. Bei den zunehmenden Kämpfen sind bis November 87 US-Soldaten ums Leben gekommen, fast die Hälfte der insgesamt seit dem Einmarsch getöteten 186 GIs. In welcher Weise deutsche Soldaten bei den Kämpfen dabei sind, ob sie Gefangene machen, die sie den Folterern ausliefern, erfahren weder Parlament noch Öffentlichkeit.

ISAF

Im Dezember 2001 beschlossen Bundesregierung und Bundestag die Entsendung von bis zu 1 200 Soldaten. Das Mandat zur Beteiligung der Bundeswehr an der Nato-geführten „International

Security Assistance Force“ (ISAF) ist anfänglich auf sechs Monate und auf Kabul und Umgebung begrenzt gewesen. Völkerrechtliche Grundlage der Sicherheitsunterstützungstruppe sind Beschlüsse des Sicherheitsrates. Danach hat ISAF den Auftrag, für die Sicherheit der afghanischen Übergangsregierung, des UN-Personals und anderen internationalen Zivilpersonals zu sorgen.

Vier Jahre später tragen bereits 2 400 der insgesamt etwa 9 200 ISAF-Soldaten deutsche Uniformen. Aber auch die Verdoppelung der Bundeswehrtruppe ist noch nicht genug. Im September 2005 wurde nicht nur der Bundeswehreinsatz verlängert, sondern abermals Einsatzraum und Truppenstärke erweitert. Mit bis zu 3 000 Soldaten kann die Bundeswehr im gesamten Territorium Afghanistans operieren, wenngleich der geografische Schwerpunkt noch in Kabul und den nördlichen Regionen liegt. Die BRD hat sich zur Führungsnation der ISAF (Lead Nation) entwickelt und ist der größte Truppensteller.

Die Ausweitung des Einsatzgebietes entspricht einem Wunsch der Nato, in der die BRD ja nicht unwesentlichen Einfluss und als erster Truppensteller „Hier“ geschrien hat. Insgesamt soll, so der Nato-Beschluss im Dezember 2005, ISAF auf 16 000 Soldaten anwachsen und auch »robuster« ausgerüstet und eingesetzt werden. Luftmobile Kampfpreserven sollen bei den zu erwartenden Auseinandersetzungen im Osten und Süden Afghanistans schnell zur Stelle sein. Eine Trennung der beiden Einsätze, ISAF und Enduring Freedom, soll formal weiterhin bestehen bleiben. Darauf hat insbesondere die Bundesregierung Wert gelegt, um den »humanitären« Charakter des Stabilisierungseinsatzes nicht zu verlieren. Krieg führen bekanntlich nur die anderen.

Vier Jahre Militäreinsatz – eine vernichtende Bilanz. Die Macht der Warlords und Drogenbarone ist gestärkt worden. In ihren Diensten stehen etwa 100 000 Bewaffnete, darunter auch Söldner aus den USA und Australien. Sie sichern und kontrollieren

ihre jeweiligen Machtbereiche. Unter dem Schutz der ISAF hat sich Afghanistan zum Drogenstaat Nummer Eins entwickelt. Nach UN-Angaben ist die Opiumproduktion 2004 binnen eines Jahres um 17 Prozent auf 4 200 t, der Mohnanbau um 64 Prozent (!) angestiegen. 87 Prozent des Weltrohopiums stammen aus Afghanistan. Aber nicht nur die Drogenbarone konnten ihren Einfluss ausweiten. Auch die Herrschaft der Taliban ist nicht gebrochen. Etwa 35 Prozent des afghanischen Territoriums stehen unter ihrer Kontrolle. Vorzeigeprojekte, eine wieder eröffnete Schule oder ein Krankenhaus, vornehmlich in Kabul, täuschen darüber hinweg, dass sich in weiten Teilen Afghanistans nichts zum Besseren gewendet hat.

Das deutsche Engagement in Afghanistan dient mehreren Zielen. Es demonstriert nicht nur die Solidarität gegenüber den USA, sondern dient vor allem als Ticket für den deutschen Anspruch auf weltpolitisches Mitreden. Nebenbei hat es auch US-Begehrlichkeiten nach einer deutschen Beteiligung am Irakkrieg abwehren helfen. Denn die Bundeswehr in Afghanistan ist militärisch Hilfstruppe des Pentagons und führt direkt zu einer Entlastung der US-Streitkräfte in Afghanistan, aber auch im Irak. Dies gilt nicht für das Kommando Spezialkräfte, dessen geheimer Einsatz von 100 Soldaten für die USA wohl wertlos ist. Hier gibt es ein eigenes Interesse. Es dient der Einsatzbereitschaft des Elitekommandos. Für Militärs gibt es keine bessere Übung als den konkreten Einsatz.

Dass es der Bundesregierung in Afghanistan nicht um Menschenrechte, um Demokratie oder ähnliches geht, zeigt das Beispiel Usbekistan. Seit Februar 2002 nutzt die Bundeswehr neben andere Nato-Staaten in Termes einen Flugplatz, um ihre Truppen in Afghanistan zu versorgen. Dass Usbekistan durch ein übles Regime regiert wird, stört dabei nicht. Dass die EU im Oktober 2005 gegen Usbekistan Sanktionen, ein Waffenembargo und ein EU-weites Einreiseverbot für Personen erlassen hat,

die für „Gewaltanwendung direkt verantwortlich sind“, stört offensichtlich auch nicht. Im Mai waren Proteste der Bevölkerung in der Stadt Andischan blutig niedergeschlagen worden. Nach offizieller Darstellung gab es 187 Tote, Menschenrechtler sprechen von bis zu eintausend Opfern. Bei den seit November 2005 laufenden geheimen Prozessen im Zusammenhang mit dem Aufstand sind Haftstrafen zwischen 12 und 22 Jahren ausgesprochen worden. Anhaltende Kritik seitens der USA und anderer europäischer Staaten an den Menschenrechtsverletzungen führten zu ihrem Rauswurf aus Usbekistan. Nur Deutschland konnte sich mit der usbekischen Regierung im Dezember 2005 auf eine langfristige Nutzung des Militärstützpunkts Termez einigen. Der parlamentarische Staatssekretär im Verteidigungsministerium Pflüger nannte die Einigung „einen großen Erfolg“. Eine Hand wäscht die andere. Als Lohn für die Flugrechte wurden usbekische Offiziere in Deutschland ausgebildet, „Herstellungsausrüstung für kleinkalibrige Munition“ wurde geliefert und die Bundeswehr überließ dem usbekischen Militär Sanitätsmaterial. Und trotz der EU-Sanktionen konnte der usbekische Innenminister Almatow eine Klinik in Hannover aufsuchen, aus »humanitären Gründen«, wie es hieß.

Der vorgebliche Kampf gegen den internationalen Terrorismus ist militärisch zum Scheitern verurteilt. Der Krieg gegen Afghanistan (und Irak) hat weder die gesellschaftlichen Verhältnisse im Sinne von Sicherheit und Wahrung von Menschenrechten verbessert noch erreicht, dass dem Feind „Al-Qaida“ das Rückgrat gebrochen wurde. Nicht umsonst wird von einem unbefristeten Militäreinsatz geredet. Die Bundeswehr muss aus Afghanistan abgezogen werden. Ihre Teilnahme im Rahmen von ISAF und Enduring Freedom ist machtpolitisch, nicht sicherheitspolitisch oder humanitär begründet. Und machtpolitisch ist die Bundeswehr ein Instrument, um »nationale« Interessen auf den kommenden Kriegsschauplätzen durchzusetzen. Um sie dazu zu befähigen, bedarf es der Normalität militärischer Einsätze – für die gesellschaftliche Akzeptanz als auch für die Entwicklung militärischer Fähigkeiten. Denn die laufenden Einsätze der Bundeswehr im Ausland sind geradezu existenziell. Nur durch diese wird die Truppe auf kommende Aufgaben weltweiter Interventionen strukturell, personell und in ihrer Ausrüstung als »Einsatzarmee« ausgerichtet.

■ **Ralf Siemens**

Infos

Kampagne gegen Wehrpflicht,
Zwangsdienste und Militär
Kopenhagener Straße 71
10437 Berlin
www.kampagne.de

Lesestoff

Am Hindukusch und anderswo Die Bundeswehr - Von der Wiederbewaffnung in den Krieg

Arbeitsstelle Frieden und Abrüstung
(Herausgeber)
Ulrike Gramann / Ralf Siemens /
Michael Behrendt (Redaktion)
ISBN: 389 438 33 56

Im letzten Jahr wurde das 50jährige Bestehen der Bundeswehr mit zahlreichen Veranstaltungen und 17 Zapfenstreichen gefeiert. Die Kosten für die Feierlichkeiten und für die martialisch inszenierten Aufmärsche betrugen zwei Millionen Euro. Den Höhepunkt bildete der große Zapfenstrich vor dem Berliner Reichstag am 26. Oktober 2005 (weitere Informationen in unserer Radiosendung „Rotdorn-Radioaktiv“; zu finden im Radioarchiv auf www.rottdorn.org). Die Bundeswehr wird in den Medien und in der Öffentlichkeit immer als ein freundlicher Helfer in Krisengebieten dargestellt. Die Bevölkerung wurde durch eine Salamitaktik, an die zunehmenden Auslandseinsätze der Bundeswehr schrittweise gewöhnt. Derzeit befinden sich 7 000 deutsche Soldaten in Kriegseinsätzen und die strategische Ausrichtung der Bundeswehr geht dahin, dass es in den nächsten Jahren bis zu 35 000 »Einsatzkräfte« geben wird. Denn die Bundeswehr vollzieht derzeit einen radikalen Umbau von einer Verteidigungsarmee zur Interventionsarmee. Militärische Repressionen sind wieder zu einem Machtinstrument deutscher Außenpolitik geworden. Die Analyse der „Arbeitsstelle Frieden und Abrüstung“ gibt einen Überblick über den historischen Hintergrund von über 50 Jahren Bundeswehr und über den Aufbau und die Entwicklung der Streitkräfte in der BRD. Das Buch gliedert sich in drei Teile: Selbstkonzepte, Militarisierungskonzepte und Einsatzkonzepte. Die genauen Hintergründe werden von zahlreichen Autoren wie zum Beispiel Markus Euskirchen, Stefan Gose oder Lühr Henken dargestellt.

Durch die genaue Strukturierung erschließt sich dem Leser ein übersichtliches Bild über den staatlich organisierten Gewaltapparat Bundeswehr. Außerdem wird die Rolle des Militärs im kapitalistischen System näher beleuchtet und welche Auswirkungen diese Militarisierung auf die Gesellschaft hat.

Die „Arbeitsstelle Frieden und Abrüstung“ (asrap) wurde 1990 in Berlin gegründet. Die asrap engagiert sich gegen die Wehrpflicht und für Abrüstung sowie für die Reduzierung und letztendlich die Auflösung von Armeen. Außerdem gibt die asrap Kriegsdienstverweigerern und Wehrpflichtverweigerern Informationen und Beratungsgespräche.

Das Buch ist telefonisch im Büro der „Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär“ Mo-Fr 10-18 Uhr unter 030/ 4401300 zu bestellen.



Anzeige

take part

probiermitglied.sozialisten.de oder 030 / 24 00 95 55

DIE LINKE. PDS

Hallo Nazi!

In der Nacht vom 22. 09 – 23. 09. 2005 zertrümmerten rechts-orientierte Jugendliche die Scheiben des Glaspavillons in der Cottbusser Innenstadt. Anlass war das provozierende Theaterstück: „Hallo Nazi!“.

Das Publikum sitzt rings um eine dreieckige Spielfläche mit Metallboden - der Untersuchungszelle. Ein Radio dudelt Schmusesongs, der behäbige Polizist Erich (Matthias Manz) freut sich auf den Feierabend und stellt sein Bier bereit. Doch mit der Ruhe ist es schlagartig vorbei, als er zwei heikle Insassen zusammen in einer Zelle bewachen muss: den wegen Schwarzarbeit festgenommenen Polen Jan (Ljubisa Lupo Grujic) und den Rechtsradikalen Rudi (Felix Constantin Voigt), der mit einer Gruppe von Rechtsextremen eine Kfz-Werkstatt mit polnischen Arbeitern überfallen hat. Zwischen ihnen entbrennt ein Kampf, Mann gegen Mann, genährt von Vorurteilen, Unwissenheit, Unsicherheit und Angst. Felix Constantin Voigt spielt den großmäuligen Mitläufer, der die Parolen seiner Führer nachplappert, aber plötzlich auch interessiert zuhört, als der Pole erzählt, wie er in seiner Autowerkstatt aus Schrott schneide „Schlitten“ zaubert.

Die Uraufführung des Theaterstücks entstand in Zusammenarbeit mit dem Grips-Theater Berlin. Dafür sah sich das Autorenteam „Monoblock“ im rechtsradikalen Umfeld von Berlin und Dresden um. Die Künstler waren bestrebt, ein Zeichen für den Einsatz „Gegen Rechts“ zu setzen. Bevor diese Tournee durch Schulen und andere Einrichtungen startet, sollte „Hallo Nazi“ einige Male in öffent-

lichen Aufführungen gezeigt werden. Darum suchte sich das Staatstheater den leerstehenden Pavillon. „Der Raum, in den 110 Stühle passen, war bei der Premiere übertoll. Auch die zwei öffentlichen Hauptproben waren schon gut besucht“, berichtet Bernd Weinrich, der Pressereferent des Staatstheaters.

Geplante Aktion? Das die Zerstörung nach einem Plan erfolgte, dafür spricht nach Auskunft der Polizei die Tatsache, dass die Täter nicht zufällig herumliegende Steine benutzten, sondern extra mitgebrachte Ziegel und Schottersteine von einem Bahndamm. Zudem war es sehr verwunderlich, dass die Nachrichtensendung im rbb-Sender unterbrochen wurde, als der Vorfall geschildert worden ist.

Anschläge und Übergriffe von Neonazis sind in Cottbus nichts Neues. Zuletzt wurde im Mai dieses Jahres der Jugendclub „Fragezeichen“ von 20 Neonazis angegriffen. Die Angreifer stürmten verumt, mit Baseballkeulen und Eisenstangen bewaffnet in den Club und schlugen wahllos um sich. Der Angriff deutet auf einen gewissen Organisationsgrad der Neonazis hin. Drei Anwesende wurden damals verletzt, Einrichtungsgegenstände

und Musikinstrumente zerstört. Lokale Gegner der Neonazis vermuten, dass die Kameradschaft „Sturm Cottbus“ und ihr Umfeld hinter den jüngsten Attacken stecken. Der Angriff, der vermutlich im Zusammenhang mit einer im Jugendclub „Fragezeichen“ geplanten Informationsveranstaltung über die rechte Szene stand, wird als der brutalste der vergangenen Jahre bezeichnet. In diesem Jahr gab es nach Angaben des Vereins „Opferperspektive“ bisher sieben gewalttätige Übergriffe auf Migranten, Linke oder Einrichtungen in Cottbus.

Die Polizei sieht indes keine organisierte Neonaziszene. „Es gibt in Cottbus keine Kameradschaft“, sagt Berndt Fleischer, der Pressesprecher der Cottbusser Polizei. Es handle sich lediglich um lose Verbindungen, und man kenne „sich halt von früher“. Josef Pfingsten, der Sprecher der Staatsanwaltschaft Cottbus, sagt, dass es zum Anschlag auf den Kulturpavillon noch keine Fahndungsergebnisse gäbe. Jedoch werde weiter von einem rechten Tathintergrund ausgegangen.

Auf dem Internetportal „Mut gegen rechte Gewalt“ des Stern und der Amadeu-Antonio-Stiftung wird berichtet, dass derartige Angriffe in den vergangenen Jahren zwar immer wieder stattfanden, aber seltener geworden seien. In den letzten Monaten drängt sich jedoch der Eindruck auf, dass sich organisierte Überfälle und Anschläge auf Linke und Jugendclubs häufen. Erinert sei etwa an den Sprengstoffanschlag auf den Jugendclub „Dosto“ im brandenburgischen

Bernau im Januar vorigen Jahres, an den von der Polizei verteilten Angriff auf einen Jugendclub in Premnitz im Havelland, an Übergriffe auf den Jugendclub „Horte“ in Strausberg oder an mehrere Vorfälle in Potsdam in diesem Sommer.

Zwar ist seit Jahren zu beobachten, dass die Anzahl rechter Übergriffe jeweils in den Sommermonaten ansteigt; der Organisationsgrad der Täter scheint jedoch eine neue Qualität zu haben. „Die Phase der blöden Rechten ist vorbei“, sagte im Mai dieses Jahres der Cottbusser Amtsgerichtsdirektor Wolfgang Rupieper. Für ihn sei der Überfall auf den Jugendclub „Fragezeichen“ ein Anzeichen dafür, dass sich in der rechten Szene ein „gefährlicher Wandel“ vollziehe. Selbst im Brandenburger Innenministerium, das bis vor kurzem rechtsextreme Straftaten notorisch herunterspielte, ist man inzwischen dieser Erkenntnis näher gekommen. Wolfgang Brandt, der stellvertretende Pressesprecher im Innenministerium Brandenburg, sagt: „Es gibt in Cottbus Ansätze rechtsextremer Strukturierungen, die allerdings eine geringe Halbwertszeit haben.“ Insgesamt könne in Brandenburg kein Anstieg der organisierten Gewalt gesehen werden. „Lediglich bei den Auseinandersetzungen in Potsdam im Sommer waren es Aktionen, bei denen man von einem gewissen Organisationsgrad sprechen kann.“

Auch aus anderen Städten wird zum Ende des Sommers von anwachsender rechter Gewalt berichtet. In Wolgast in Mecklenburg-Vorpommern überfielen Ende August drei Rechte einen



Szene aus „Hallo Nazi!“

Jugendlichen bei ihm zu Hause. Wie der Verein „Lobbi“, eine Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt, bekannt gab, schlugen die Angreifer auf den Jugendlichen ein, nachdem er die Tür geöffnet hatte und drohten ihm weitere Gewalt an. Er erlitt bei dem Angriff Verletzungen im Gesicht und Prellungen am Hinterkopf. Der Jugendliche sei bereits im Sommer von Neonazis angegriffen, beschimpft und geschlagen worden. Danach habe es immer wieder Drohungen und Hakenkreuzschmierereien am Haus der Familie gegeben. Die „unverhohlenen Drohungen und Einschüchterungen“ seien ein Zeichen dafür, dass sich die rechte Szene in Wolgast sicher zu fühlen scheine, sagt Katrin Bredeke von „Lobbi“. „Seit der NPD-Funktionär Christian Deichen in Wolgast ein Internetcafé eröffnet hat, gibt es einen neuen Treffpunkt für die rechte Szene.“ Es stelle ein sehr großes Problem dar, „dass immer mehr Rechte kommen und die alternativen Jugendlichen aus Wolgast wegziehen“. Für die gibt es kaum Angebote.

In Cottbus haben die Täter ihr Ziel jedoch nicht erreicht. Durch die nächtliche Attacke will man sich nicht entmutigen lassen. „Aufgeben wäre das Falscheste, was wir tun können. Dann hätten die ja ihr Ziel erreicht“, meint Theaterpädagogin Dreko. „Wir lassen uns von rechtem Pack nicht unterkriegen“, pflichtet Rathaus-Sprecher Michael Schlick bei. Am Tag nach der Attacke auf den Kulturpavillon fand wie geplant die nächste Vorstellung statt.

Stellt euch dem Stück! Das Thema ist hochpolitisch, spielt in der ostdeutschen Gegenwart und handelt von rechtsradikaler Stimmung aus Gewalt, Unsicherheit und Hass.

■ Cornelia

Termine

Zwei Termine gibt es noch in Berlin:
Do, 23.02.2006, 11:00 Uhr und
Fr, 24.02.2006, 11:00 Uhr im
Schiller Theater, Bismarckstr. 110,
10625 Berlin

Ansonsten haltet Augen und Ohren offen, „Monoblock“ gastiert ständig an kleinen Theatern und an Schulen.



Jugendprojekte im Visier der Faschos:
Oben: Das „Horte“ in Strausberg
Mitte: Skaterjam vor dem „Dosto“ Prenzlau
Unten: Publikum bei einer Veranstaltung im „Fragezeichen“ Cottbus



Es ist schon sehr spät. Ming (Name vom Verfasser geändert) will schnell nach Hause. Ihre Eltern erwarten sie schon. Plötzlich tauchen mehrere dunkle Gestalten hinter einem LKW auf. In dieser Nacht warten ihre Eltern noch sehr lange auf sie, denn Ming wurde eines der vielen Opfer von rechter Gewalt.

In den östlichen Bezirken Berlins steht rechte Gewalt auf der Tagesordnung. Ähnliche Geschichten ereignen sich tagtäglich in den Bezirken Marzahn, Lichtenberg, Köpenick-Treptow und Pankow. Ming hat ihre deutsche Staatsbürgerschaft nun schon seit mehr als 5 Jahren und das wussten die Täter durchaus. Ihnen geht es vielmehr darum, das deutsche Blut, was so nicht existiert, reinzuhalten. Nicht jeder Deutsche hat blaue Augen und blondes Haar. Viele Nachfahren von Einwanderern sind als Deutsche geboren und aufgewachsen, innerhalb der mitteleuropäischen Kultur und deren Werte. Kann es da über-

Von Gewalt und Diskriminierung

Eine Geschichte des Alltäglichen

haupt noch sein, dass jemandem Gewalt angedroht wird nur aufgrund seiner Herkunft, Hautfarbe, Augenfarbe, Haarfarbe oder Religion - und das in Zeiten des

»globalen Dorfes«? Dass eben solches Verhalten verfassungswidrig ist, scheint jene Neonazis nicht zu stören. An sogenannten »alten Werten« kann man

da doch nicht mehr festhalten! Diese haben sich eindeutig als »falsche Werte« herausgestellt. Intoleranz und Diskriminierung haben keinen Platz mehr in der heutigen Gesellschaft, mag diese noch so Streitbar sein.



Kein Fußbreit den Faschisten!

Nachdem Ming aus dem Krankenhaus mit mehreren Knochenbrüchen und anderen schweren Verletzungen entlassen wurde, erstattete sie Anzeige gegen die ihr bekannten Täter.

Nicht jedes Opfer rechter Gewalt hat diesen Mut. Ming will ein Vorbild für diese Personen sein und sie auffordern, Mut zu zeigen.

Stellt euch gegen rechte Gewalt, auch wenn ihr keine Opfer seid, zeigt Solidarität und Toleranz. Und vor allen Dingen, zeigt den Nazis, dass Diskriminierung und Gewalt nicht erwünscht sind.

■ MaG

Eine schöne Geschichte über Herrn Müller

Kühe

Der Herr Müller stellt nämlich lauter Sachen her, die aus Milch gemacht werden. Naja, eigentlich stellen die Kühe die Milch her, aber der Herr Müller verpackt sie schön und sorgt dafür, daß sie in den Supermarkt kommen, wo ihr sie dann kaufen könnt. Die Sachen, die der Herr Müller herstellt sind so gut, daß sogar der Herr Bohlen dafür Werbung gemacht hat.

Herr Bohlen

Ein paar Tage später haben ihm dann das Land Sachsen und die Herren von der Europäischen Union in Brüssel einen Scheck über 70 Millionen Euro geschickt. 70 Millionen, das ist eine Zahl mit sieben Nullen, also ganz viel Geld. Viel mehr, als in euer Sparschwein passt. Der Herr Müller hat also seine neue Fabrik gebaut und 158 Leute eingestellt.

Hurra, Herr Müller.

Viel Geld

Also was hat er gemacht, der Herr Müller? In Niedersachsen, das ist ziemlich weit im Norden, hat der Herr Müller auch eine Fabrik. Die steht da schon seit 85 Jahren und irgendwann hatte der Herr Müller sie gekauft. Weil er jetzt die schöne neue Fabrik in Sachsen hatte, hat der Herr Müller die alte Fabrik in Niedersachsen nicht mehr gebraucht, er hat sie geschlossen und 175 Menschen haben ihre Arbeit verloren. Wenn ihr in der Schule gut aufgepasst habt, dann habt ihr sicher schon gemerkt, daß der Herr Müller 17 Arbeitsplätze weniger geschaffen hat, als er abgebaut hat. Dafür hat er 70 Millionen Euro bekommen.

Aber der Herr Müller sitzt nicht nur rum, sondern er sorgt auch dafür, daß es ihm besser geht. Er ist nämlich sparsam, der Herr Müller.

Sicher kennt ihr die Becher, in denen früher die Milch von Herrn Müller verkauft wurden. Die schmeckt gut und es passten 500 ml rein, das ist ein halber Liter. Seit einiger Zeit verkauft der Herr Müller seine Milch aber in lustigen Flaschen, nicht mehr in Bechern. Die sind praktisch, weil man sie wieder verschließen kann und sehen hobsch aus.

Text ist im Internet per Mail verschickt und in Weblogs veröffentlicht worden. Der Autor ist nicht bekannt.

Das hier, das ist der Herr Müller.

Der Herr Müller kommt aus Aretsried, das liegt in Bayern, also ganz im Süden.

Der Herr Müller ist ein Unternehmer und das, was in den Fabriken von Herrn Müller hergestellt wird, habt ihr sicher alle schon mal gesehen, wenn ihr im Supermarkt wart.

Sachsen

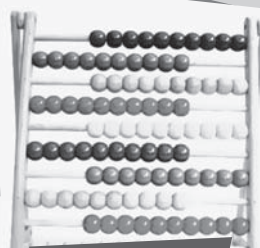
Weil der Herr Müller ein Unternehmer ist, hat er sich gedacht, er unternimmt mal was und baut eine neue Fabrik. Und zwar baut er sie in Sachsen, das ist ganz im Osten. Eigentlich braucht niemand eine neue Milchfabrik, weil es schon viel zu viele davon gibt und diese viel zu viele Milchprodukte produzieren, aber der Herr Müller hat sie trotzdem gebaut.

Und weil die Leute in Sachsen ganz arm sind und keine Arbeitsplätze haben, unterstützt der Staat den Bau neuer Fabriken mit Geld. Arbeitsplätze hat man nämlich im Gegensatz zu Milchprodukten nie genug. Also hat der Herr Müller einen Antrag ausgefüllt, ihn zur Post gebracht und abgeschickt.



Antrag von Herrn Müller

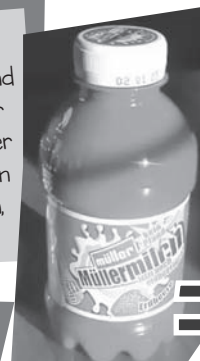
Nachdem die neue Fabrik von Herrn Müller nun ganz viele Milchprodukte hergestellt hat, hat er gemerkt, daß er sie gar nicht verkaufen kann, denn es gibt ja viel zu viele Fabriken und Milchprodukte. Naja, eigentlich hat er das schon vorher gewußt, auch die Herren vom Land Sachsen und der Europäischen Union haben das gewußt, es ist nämlich kein Geheimnis. Das Geld haben sie ihm trotzdem gegeben. Ist ja nicht ihr Geld, sondern eures. Klingt komisch, ist aber so.



Nachrechnen!

Wenn ihr jetzt die 70 Millionen durch 17 teilt, dafür könnt ihr ruhig einen Taschenrechner nehmen, dann wißt ihr, daß der Herr Müller für jeden vernichteten Arbeitsplatz über 4 Millionen Euro bekommen hat. Da lacht er, der Herr Müller: Natürlich nur, wenn niemand hinsieht. Ansonsten guckt er ganz traurig und erzählt jedem, wie schlecht es ihm geht.

Allerdings sind nur noch 400 ml drin, sie kosten aber dasselbe. Da spart er was, der Herr Müller. Und sparen ist eine Tugend, das wissen wir alle. Wenn ihr jetzt fragt, warum solche ekelhaften Schmarotzer wie der Herr Müller nicht einfach an den nächsten Baum gehängt werden, dann muß ich euch sagen, daß man so etwas einfach nicht tut.



Schmeckt nicht!

Wenn ihr aber das nächste mal im Supermarkt seid, dann laßt doch einfach die Sachen vom Herrn Müller im Regal stehen und kauft die Sachen, die daneben stehen. Die schmecken genauso gut, sind meistens billiger und werden vielleicht von einem Unternehmer hergestellt, für den der Begriff „soziale Verantwortung“ noch eine Bedeutung hat.

Gedenken in Pankow

Die Kommission Bürgerarbeit und das Netzwerk gegen Antisemitismus, Rassismus und rechte Gewalt rufen alle Berliner Bürgerinnen und Bürger dazu auf, an der traditionellen Lichterkette vor dem ehemaligen Jüdischen Waisenhaus teilzunehmen.

Zum achten Mal wollen wir uns am 27. Januar im Gedenken an den Jahrestag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz versammeln und damit ein Bekenntnis gegen Antisemitismus und Rassismus ablegen.

Die Lichterkette beginnt um 18 Uhr vor dem ehemaligen Jüdischen Waisenhaus (S+U-Bahnhof Pankow). Im Anschluß lädt die Pankower Kirche zu einer ökumenischen Andacht ein.

Am Samstag, den 28. Januar bietet der Pankower Bund der AntifaschistInnen und der Förderverein des Waisenhauses einen Rundgang zu Stätten ehemaligen Jüdischen Lebens. Treffpunkt ist um 10 Uhr vor dem ehemaligen Jüdischen Waisenhaus (Berliner Straße 120/121), dort besteht auch die Möglichkeit, den rekonstruierten Betsaal zu besichtigen.



4. Europäisches Sozialforum vom 6. bis zum 9. April 2006 in Athen
Nach Florenz (2002), Paris (2003) und London (2004) wird 2006 Athen Veranstaltungsort des Vierten Europäischen Sozialforums sein. Wieder werden sich zehntausende Globalisierungsgegner(innen) und Antikapitalist(innen) aller Couleur versammeln. Aktivisten aus ganz Europa werden die Perspektiven der Bewegung diskutieren, Erfahrungen austauschen und die Koordination sowie ein soziales Netzwerk organisieren. Natürlich werden auch zahlreiche Konzerte und Partys stattfinden. Die Übernachtung wird zentral preiswert organisiert. Kommt nach Athen um gemeinsam für eine andere Welt zu kämpfen, in der die Menschen wichtiger sind als der Profit. Ihr werdet mit Sicherheit dieses Erlebnis nicht so schnell vergessen. Wenn ihr wollt meldet Euch bei uns (rottdorn@gmx.de). Von uns werden sicher auch einige nach Athen fahren.

• <http://athens.fse-esf.org>

3. Februar 2006 ab 20:30 Uhr Konzert



Solitos (Ska & Reggae) und Sir Randha (Ska / Italien)
Im Thommy-Weißbecker-Haus,
Wilhelmstr. 9, Berlin-Kreuzberg,
U-Bahn: Hallesches Tor

3./4. Februar 2006

»NATO-Sicherheitskonferenz«

They make war, we make trouble!

Die Zeiten sind vorbei, in denen sich die Kriegsplaner in München weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit treffen konnten. Inzwischen müssen sie sich hinter einem Großaufgebot der Polizei verschanzen, denn seit Jahren konfrontieren tausende Menschen die Generäle, Kriegsminister und Waffenlobbyisten mit ihrem Widerstand.

• www.no-nato.de

11. Februar 2006 ab 21 Uhr Konzert

Hellcity Kings (Punkrock/USA)
Fifty/Fifty (Rock'n'Roll/Leipzig)
Im Thommy-Weißbecker-Haus,
Wilhelmstr. 9, Berlin-Kreuzberg,
U-Bahn: Hallesches Tor

23. Februar 2006, 19 Uhr

Klaus Renft –

Ein Leben mit dem Rock' n Roll

Anhand von Videoeinspielen spricht Klaus Renft zu seinem Musikschaffen und seinen Problemen mit der Macht in der DDR.

Eintritt: 1,50 €

„Helle Panke“, Kopenhagener Str. 9,
10437 Berlin

28. März 2006 ab 21 Uhr Konzert

Boy Sets Fire (HC/Punk / USA)
Eines der Konzerthighlights in diesem Frühjahr!

Im SO36, Oranienstr. 190,
Berlin - Kreuzberg,
U-Bahn: Kottbusser Tor

Frühsommer 2007

G8-Treffen in Heiligendamm (Ostsee)



Die acht größten »Führer der Welt« werden sich im Frühsommer 2007 im Kempinski-Grandhotel in Heiligendamm an der mecklenburgischen Ostseeküste zu ihrem jährlichen G8-Gipfel treffen. Die Vorbereitungen für dieses Event sind bereits angelaufen. Plant euren Protest gegen die Politik der G8 2007 an der Ostsee. Wer Lust hat, bei der Vorbereitung mitzuhelfen, kann sich auch beim Rotdorn melden: rottdorn@gmx.de.

♦ www.nadir.org/nadir/initiativ/agp/g82007/

♦ www.sozialforum-berlin.de

♦ <http://de.dissent.org.uk/>

Preisrätsel

Gesucht werden die Seitenzahlen zu den gegebenen Bildausschnitten. Einfach die Karte ausfüllen, losschicken und mit etwas Glück gewinnt ihr einen von drei Rotdornsamplern!



Bild 1



Bild 2



Bild 3

Gewinner der letzten Ausgabe: Tony M., 16 Jahre, Berlin • Maria G., 22 Jahre, Berlin • Merle K., 17 Jahre, Birkenwerder

Lösung des Bilderrätsels Bild 1: _____ (Seite) Bild 2: _____ (Seite) Bild 3: _____ (Seite)

Deine Anschrift:

Name: _____

Straße: _____

PLZ: _____ Ort: _____

e-mail: _____ Tel.: _____

☐ Ich will mitmachen!

Wir brauchen immer kluge Köpfe und helfende Hände! Wir melden uns bei Dir und laden Dich zu einem unserer nächsten Redaktionstreffen ein.

☐ Ich brauch ein Abo!

Das Abo ist kostenlos solange wir dies finanzieren können. Wenn Du uns die Portokosten (oder mehr) überweist (Bankverbindung siehe links), ist Dein Abo 100% gesichert! Gerne schicken wir Dir ein paar mehr Rotdörner zum verteilen. Anzahl: _____

Den Rotdorn 43 fand ich: _____

Themenauswahl: _____ (Note 1-6) Aufmachung: _____ (Note 1-6)

Bester Artikel: _____

Warum? Weil: _____

Deine Kritik: _____

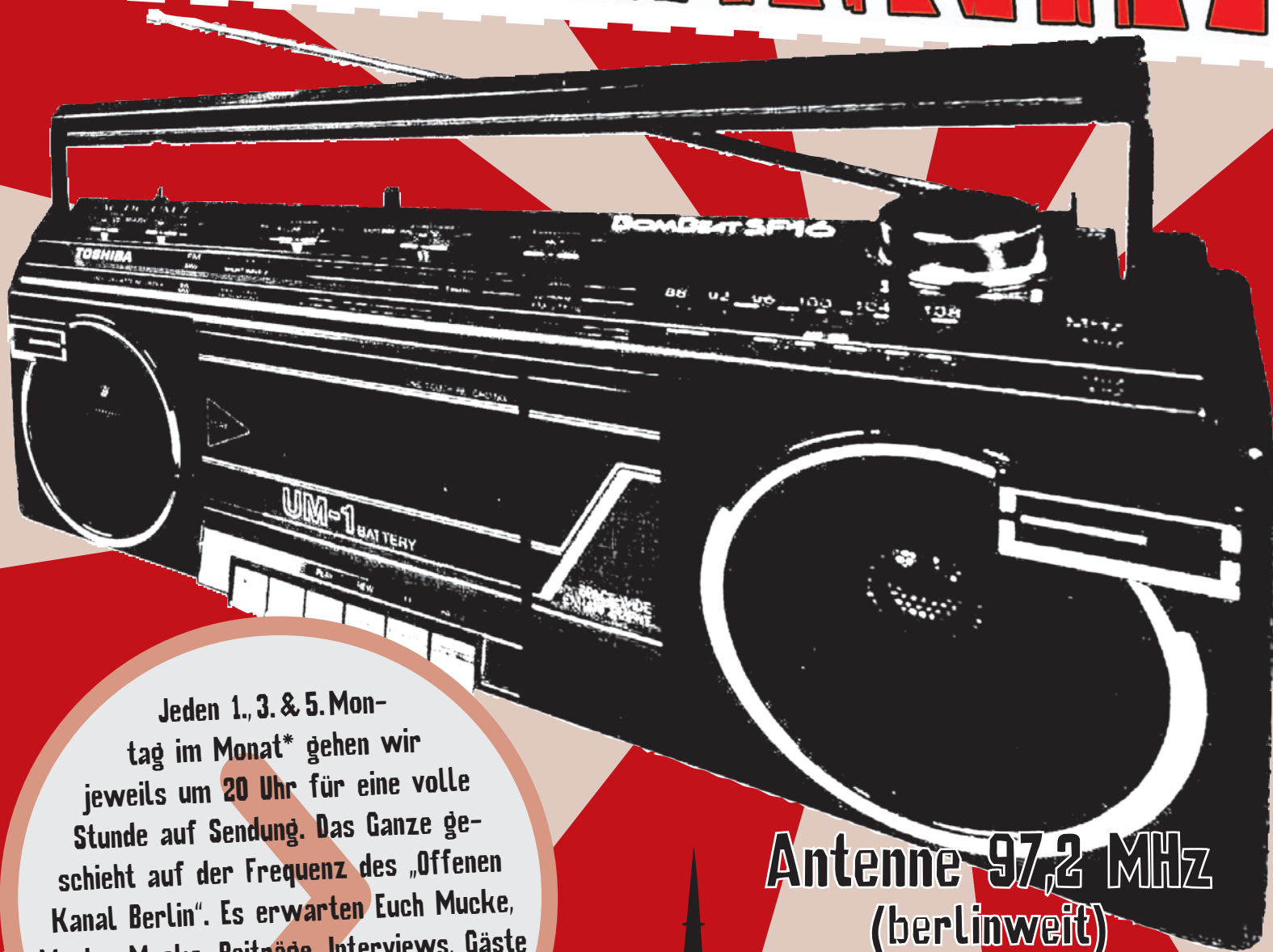
Ich habe den Rotdorn _____ (Ort; Anlaß; Begebenheit) erhalten.

Ich lese den Rotdorn ☐ regelmäßig; zum _____ Mal Ich bin _____ Jahre alt

Bitte mit
45 Cent
frankieren

An
Rotdorn
Postfach 870 106
13161 Berlin

ROCKNRADIOAKTIV



Jeden 1., 3. & 5. Montag im Monat* gehen wir jeweils um 20 Uhr für eine volle Stunde auf Sendung. Das Ganze geschieht auf der Frequenz des „Offenen Kanal Berlin“. Es erwarten Euch Mucke, Mucke, Mucke, Beiträge, Interviews, Gäste und Livemitschnitte zu verschiedenen Themenschwerpunkten ...
Hört einfach mal rein!

Antenne 97,2 MHz
(berlinweit)

Kabel 92,6 MHz
(landesweit)

okb.de/radiostream.htm
(weltweit)

Jugendradio aus Berlin, mit Euren Themen und Eurer Musik!

* kommende Termine: 16.1.06, 30.1.06, 6.2.06, 20.2.06